:antifaschistische nachrichten

Nr. 16

g 3336 31.7.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

NPD-„Pressefest“

RIESA. Zu einem „Pressefest“ lädt das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ (Sitz: Riesa) am 9. August nach Sachsen ein. Als Redner werden u.a. John Tyndall von der „British National Party“ (BNP) und Baldur Springmann, einst Mitbegründer der „Grünen“ und Aktivist der „Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden“ erwartet.

Angeboten werden neben „Volkstanz“ und „Kabarett“ auch Auftritte der sog. „nationalen Liedermacher“ Frank Rennicke, Jörg Hähnel und Annett sowie der Rechtsrock-Bands „Hauptkampflinie“ und „Sturm und Drang“. Aus ihren Büchern lesen u.a. Karl-Heinz Mathias („Paul Hausser, Generaloberst der Waffen-SS – „Ich diene“) und der bereits wegen „Volksverhetzung“ verurteilte Udo Walendy („Wahrheit für Deutschland“).

hma ■

„Republikaner“ treffen „Pro Köln“

KÖLN. Zu einem Kooperationsgespräch haben sich hochrangige Vertreter der sog. „Republikaner“ und der sogenannten „Bürgerbewegung Pro Köln“ unlängst getroffen. Zu dem Treffen, bei dem es um eine mögliche gemeinsame Liste zu den Kommunalwahlen im September kommenden Jahres ging, nahmen von Seiten der „Republikaner“ die Bundesvorstandsmitglieder Baitz, Görtz, Heydrich, Schöppe und Kreisvorsitzender Breninek und von „Pro Köln“ Manfred Rouhs, Judith Wolter und Markus Beisicht teil. Angesichts des „desolaten Zustandes“ des Bundesverbandes der „Republikaner“ „soll von Köln“ aus, wie es in dem Gespräch hieß, ein „Kurswechsel“ ausgehen“. So zumindest berichtet die neofaschistische Zeitschrift „Nation und Europa“ (7-8/03). *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Massive Proteste gegen Naziaufmarsch in Hamburg 6
Zwangsarbeiter aus der Ukraine zu Besuch 8
Die Lex Berlusconi und der Skandal in der EU 10

Wunsiedel 2002

Heß-Gedenken am 16. August in Wunsiedel zunächst verboten

Das Landratsamt Wunsiedel hat eine für den 16. Augsut geplante Gedenk-Kundgebung zum 16. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß verboten.

Landrat Peter Seißer (SPD) begründete das Verbot damit, dass die Versammlung eine Verherrlichung des Nationalsozialismus und damit einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung darstelle. Allerdings waren in den letzten beiden Jahren die Verbote durch den Verwaltungsgerichtshof immer in letzter Minute wieder aufgehoben worden.

Um hier eine breite öffentliche Meinung gegen den Nazispuk zu schaffen, ist seit zwei Jahren die Initiative „Wunsiedel ist bunt, nicht braun“ aktiv. In diesem Jahr hat sie langfristig mit den Vorbereitungen gegen den drohenden Aufmarsch am 16. August begonnen:

Am 20. Mai beriet im Rathaus der überparteiliche Arbeitskreis seine Aufklärungsarbeit, die gegen Rechts mobilisieren soll.

Am 25. Mai fand eine Podiumsdiskussion statt. In der überfüllten Fichtelgebirgshalle diskutierten Experten aus ganz Deutschland über die Aufmärsche und Gegenmaßnahmen. Viele Wunsiedler beteiligen sich. Ein Bürger schlägt vor: „Ein Vorschlag von mir wäre, dass die Schulen eine Großinitiative starten für den 16. August, wo einfach Jugendliche dagegen sind.“

Professor Dirk Heckmann, Jurist der Universität Passau, will den Wunsiedlern helfen und hält ein Verbot für rechtlich durchsetzbar: „Man sollte auch von Seiten der Rechtsprechung überlegen, ob nicht ein neues Gefährdungspotential entsteht, dem man irgendwie entgegnen muss, wo durch die Rechtsprechung doch das ein oder andere Verbot aufrechterhalten werden muss, und da sollten insgesamt, vielleicht auch von Seiten der Wissenschaft, weitere Impulse gegeben werden, dass die große Problematik der wehrhaften Demokratie in Deutschland nicht auf dem jetzigen Stand bleibt.“

Gleichzeitig wurde eine Ausstellung „Gegen das Vergessen“ eröffnet, zu der Jugendliche aus dem Ort zum Teil unbekannte Dokumente aus der NS-Zeit auswerteten und mit Zeitzeugenbefragungen durch örtliche Erfahrungen untermauerten. „Diese Ausstellung will Mut machen, sich auch in Wunsiedel auf Spurensuche zu begeben, damit aus der allseits bekannten ‚braun-angehauchten Heß-Stadt‘ ein bunter Ort des Lernens und der Versöhnung werden kann“, beschreibt die Diakonin Andrea Heußner die Idee der Ausstellung. www.wunsiedel.de dokumentiert einen Fernsehbericht zum 16. August 2003. ■

Rechtes Juristennetz

Belgien/Brüssel. Unter dem Namen „Jus et Patria“ hat sich eine internationale Vereinigung von Juristen gebildet, die mit der politischen Rechten sympathisiert. Die aus Rechtsanwälten, Richtern und Angehörigen sonstiger juristischer Berufe bestehende Gruppe gibt einen drei- bis viermal jährlich erscheinenden Informationsbrief heraus. Leiter der „Jus et Patria“, die bislang über Mitglieder in Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien und der Schweiz verfügt, ist der in Brüssel, einer Hochburg des nationalistischen „Vlaams Blok“, tätige Rechtsanwalt Henri Laquay. „National orientierte Oppositionsbewegungen“, so Laquay in einer Stellungnahme, „werden oft von Politik und Justiz verfolgt“. „Die Mechanismen, die dabei zur Anwendung kommen, gleichen sich überall in Europa“. Deshalb sei ein grenzübergreifender Kontakt und Austausch notwendig, so Laquay.

hma ■

NPD-„Sommeruniversität“ im Saarland

Saarland. Die neofaschistische NPD führt vom 15. bis 17 August wieder eine „Sommeruniversität“ im Saarland durch. Zum ersten Themenbereich, der „Freund-Feind-Bestimmung in der Politik unter besonderer Berücksichtigung der Lehren von Carl Schmitt“, referieren in dem nicht näher benannten Tagungshotel der erst kürzlich aus der NPD ausgetretene Horst Mahler, der im kroatischen Zagreb lebende Prof. Dr. Tomislav Sunic, Mitautor einer „Festschrift für David Irving“ und der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt. Zum zweiten Themenbereich des Seminars, den „Massenmedien als „Schutzhunde des Systems“, werden der „Deutsche Stimme“-Chefredakteur Holger Apfel, der Buchautor Volker Biek (Hofheim), zuletzt wieder Mitglied der SPD und der Schweizer Geschichtsrevisionist Bernhard Schaub als Referenten erwartet. Den „Europäischen Liederabend“ mit „Weißbier vom Faß und saarländischen Grillspezialitäten“ am Samstag bestreitet der „nationale Liedermacher“ Michael Müller. Als Kontaktadresse wird ein NPD-Postfach in Spiesen-Elversberg angegeben. *hma* ■

Aussiedler im Visier

Berlin. Die NPD werde „zunehmend für deutsche Aussiedler“ interessant, weil sie in einer „nationalistischen Gesinnungsgemeinschaft“ „nationale Geborgenheit“ erfahren würden, heißt es in der neuesten Ausgabe des NPD-Organs „Deutsche Stimme“. Es sei nun Aufgabe der NPD, „kompetenter Ansprechpartner“ für diese Menschen zu sein und „einen Beitrag zur Wiedereingliederung der Deutschen in ihr Vaterland zu leisten“.

Die in „der Partei befindlichen Auslandsdeutschen“ sollen sich „jetzt in geeigneter Weise zusammentun, um Erfahrungen auszutauschen und darüber zu beraten, in welcher Weise auf andere Landsleute zuzugehen ist“, heißt es in dem NPD-Blatt. *hma* ■

Wunder geschehen (1)

Wien. Seit Jahrzehnten ist er ein Identifikations- und Treffpunkt für rechtsextreme Studenten, ebenso lang ein Angriffspunkt für AntifaschistInnen, seit 1990 ist seine Verlegung beschlossen, nun soll es endlich passieren: Der Siegfriedskopf, ein deutschnationales Denkmal in der Aula in der Universität Wien, muss weichen. Bereits in den letzten Monaten war er hinter einen Holzverschlag verbannt worden, nachdem ihm von AntifaschistInnen im Mai 2002 die Nase abgemeißelt wurde. Der Grund für die Verlegung ist freilich kein antifaschistischer sondern - wie könnte es in Österreich auch anders sein, ein recht profaner: Die Aula soll umgestaltet werden, vor allem müsse der Portier mehr Überblick über die Räumlichkeit besitzen, um eine höhere Sicherheit zu gewährleisten. Blockwart statt Faschdenkmal, quasi.

Newsletter Rosa Antifa Wien ■

Wunder geschehen (2)

Wien. Mehrmals haben wir schon über ihn – vor allem aber auch den Unwillen der Behörden ihn zu schnappen – berichtet, nun wurde der notorische Holocaustleugner und Ex-FPÖ-Bezirksrat Wolfgang Fröhlich festgenommen. Nach mehr als drei Jahren „Flucht“ – in denen er völlig ungehindert seine Propaganda an Schulen verschickte und sich sogar regelmäßig um sein Postfach kümmerte, gelang es dem Innenministerium nun doch den 52-jährigen mitten in Wien zu verhaften. Was die Strafverfolgungsbehörden endlich dazu gebracht hat dem Treiben – Fröhlich war während seiner „Flucht“ aktiver als je zuvor und gab sich keine besondere Mühe versteckt zu bleiben – und dem offensichtlichen politischen Schutz durch seine ehemalige Tätigkeit für die FPÖ ein Ende zu bereiten, bleibt freilich unklar.

Quelle: http://derstandard.at
Newsletter Rosa Antifa Wien ■

Neonazis wollen gegen Antirassistisches Grenzcamp Stimmung machen

Köln. Das 6. Antirassistische Grenzcamp wird dieses Jahr voraussichtlich mit gleich zwei Gegendemonstrationen der militanten Rechten konfrontiert sein. Die rechtsextreme Bürgerbewegung Pro Köln will am 2.8. eine Mahnwache in unmittelbarer Nähe des Camps abhalten. Für den darauffolgenden Samstag, 9.8., mobilisieren freie Kameradschaften und die militante Neonaziszene.

Es bleibt zu befürchten, dass zumindest Pro Köln Unterstützung erfahren könnte von EinwohnerInnen des an das Camp grenzenden Stadtteils Köln-Poll. Hier tut sich seit Juni eine „Bürgerinitiative“ unter der Forderung „Kein Bleiberecht für kriminelle Flüchtlinge“ hervor. Auch am 29.6. mischten sich organisierte Rechtsextreme unter die antiziganistische Kundgebung zum Flüchtlingsheim Salmstraße.

Auf diese Entwicklungen wird das Camp Antworten suchen und finden. Geplant ist, Pro Köln zuvor zu kommen und am Samstag, den 2.8. schon um 8 Uhr auf der Straße in Poll sein, um eine antirassistische Sicht der Dinge publik zu machen. ■

Österreichische Neonazis im Aufwind

Österreich. Während das Innenministerium glaubt alles im Griff zu haben, warnen ExpertInnen vor einem alarmierenden Anstieg neonazistischer Aktivitäten. Vor allem die Kontakte nach Deutschland seien im letzten Jahr deutlich intensiviert worden, dies sieht auch der deutsche Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2002 ähnlich. Der österreichische Innenminister will allerdings nichts von einem Problem wissen, wen wundert’s, hat er doch bereits in Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner FPÖ den jährlichen Rechtsextremismusbericht abgeschafft...

Quelle: http://derstandard.at
Newsletter Rosa Antifa Wien ■

Verbot einer Veranstaltung zur Wehrmachtsausstellung im Dortmunder Rathaus

DORTMUND. Mit einem Leserbrief hat sich Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA NRW an die Zeitungen im Ruhrgebiet gewandt. Darin heißt es:

Das Verbot, im Dortmunder Rathaus Veranstaltungen zur Wehrmachtsausstellung durchzuführen – ganz im Gegensatz zum offiziellen Ausstellungsprogrammheft, in dem das Rathaus als ein Veranstaltungsort ausdrücklich genannt wird – erinnert an München im Jahre 1997. Die Ausstellung wurde von Neonazis und bestimmten Kreisen aus der Union heftig angegriffen. Doch die Ausstellung fand statt – und zwar im Rathaus am Marienplatz. Will die Stadt Dortmund in vorauseilendem Gehorsam den Forderungen der Rechten Folge leisten? Wir vermissen auch eine entschiedene Absage des Rates der Stadt – möglichst einstimmig! – gegenüber den geplanten Naziprovokationen gegen die Ausstellung. Denn ausgerechnet am 20. September dieses Jahres, wenn sich in Italien und Griechenland zum sechzigsten Mal eine Anzahl von Massakern von Wehrmachtsangehörigen an Zivilisten und Kriegsgefangenen jähren, wollen Neonazis unter der verlogenen Losung, es habe keine Wehrmachtsverbrechen gegeben, einen Aufmarsch gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Vernichtungskrieg 1941 - 1944“ in Dortmund durchführen.

Verlogen, denn Forscher haben gerade neue Fakten über mutmaßliche Täter bei den Staatsanwaltschaften in Dortmund vorgelegt. In der Zeit vom 17. bis 22. September 1943 ermordeten deutsche Wehrmachtssoldaten über 5000 wehrlose italienische Kriegsgefangene. Das Verbrechen geschah auf der griechischen Insel Kephalonia. Unschuldige griechische Zivilisten – Frauen, Kinder, alte Leute – wurden zu Tausenden in der Zeit von September bis November 1943 in Lyngiades und rund 30 weiteren griechischen Orten von Wehrmachtseinheiten ermordet. Viele dieser Orte wurden niedergebrannt, „ausgemerzt“.

Deutsche Gerichte hatten bisher nahezu alle Verfahren gegen Wehrmachtsangehörige eingestellt. Auch die Wehrmachtsausstellung zeigt mutmaßliche Täter in Wehrmachtsuniform nur dann, wenn diese nicht mehr unter den Lebenden sind. Die VVN-BdA und die Arbeitsgruppe „Angreifbare Traditionspflege“ hat hingegen rund 200 noch lebende Täter ausgemacht. Der Dortmunder „Zentralstelle im Lande NRW für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen“ wurden über hundert Namen allein zum Fall „Kephalonia“ zugeleitet. Der Massenmord der Wehrmacht von Kephalonia wird derzeit von dieser Zentralstelle untersucht, eine Anklage gegen zahlreiche mutmaßliche Täter steht bevor.

Von der Landesregierung, dem Dortmunder Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidenten haben wir in einem Brief gefordert, die geplante Neonaziprovokation gegen die Wehrmachtsausstellung und die Zentralstelle zu unterbinden.

Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA NRW ■

250 Neonazis marschierten in Hamburg und Leipzig

Nach Angaben der Polizei weitgehend ohne Zwischenfälle demonstrierten am 20. Juli rund 130 NPD-Anhänger in Hamburg, 120 Neonazis folgten in Leipzig einem Aufruf von Christian Worch zu einer Demonstration unter dem Motto „Gegen Repression und linke Gewalt, für Demonstrationsfreiheit. Wir sind das Volk“. Die Stadtverwaltung Leipzig hatte vergeblich versucht, den Rechtsextremisten die Verwendung der Parole „Wir sind das Volk“ zu untersagen. Ausführlicher Bericht zu Hamburg siehe Seite 6. ■

Wiedererstarken der Neonazi-Szene

DUISBURG. Die Duisburger Neonazi-Szene war aufgrund interner Streitigkeiten und fehlender Führungspersonen ca. ein Jahr lang kaum handlungsfähig. Jetzt aber lassen sich Versuche erkennen, die Neonazi-Strukturen wiederaufzubauen und Nachwuchs zu rekrutieren.

Die Verurteilung und 18monatige Haft von Nico Wedding, einem der führenden Nazi-Kader in NRW aus Duisburg, war einer der wichtigen Gründe für die Handlungsunfähigkeit der Szene. Nico Wedding war nach einem Überfall auf Teilnehmer einer Gedenkkundgebung am Mahnmal der Gedenkstätte des ehemaligen KZ in der Kemna wegen schweren Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung zu 18 Monaten Haft verurteilt worden. Die Brutalität der Tat hatte damals zu Schlagzeilen in der bundesweiten Presse geführt.

Trotz – oder gerade wegen ? – dieser Tat ging die „Karriere“ von Nico Wedding in der Szene weiter; er wurde zum Landesvorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten“, der Jugendorganisation der rechtsextremen NPD gewählt. Seit Anfang der Jahres versuchen die „Jungen Nationaldemokraten Duisburg“ unter der Führung von Nico Wedding, Aufmerksamkeit zu erregen und Nachwuchs zu rekrutieren, indem sie versuchen gesellschaftlich relevante Themen zu besetzen. So organisierte die JN-Duisburg in Zuge des Irak-Kriegs eine Veranstaltung am 16.2.2003 in Duisburg-Beeck unter dem Titel „Kein Blut für Öl“ mit dem bundesweit bekannten Neonazi Horst Mahler, wo Nico Wedding ebenfalls einen Vortrag

hielt. Weiterhin sammelte die JN-Duisburg am 22.2.2003 in der Duisburger Innenstadt Unterschriften und verteilte ihre Propaganda. Um die so gewonnenen Kontakte auszubauen, und insbesondere Jugendliche für sich zu gewinnen, ist als nächstes ein „großer Kameradschaftsabend“ am 2.8.2003 geplant.

Es liegt an uns allen, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Duisburg als Basis für Neonazi-Aktivitäten in ganz NRW missbrauchen wollen, keine Chance haben werden. In nächster Zeit werden Veranstaltungen stattfinden, die über die Neonazi-Szene in Duisburg und NRW informieren.

weitere Informationen und Rückfragen du_gegen_rechts@gmx.de ■

Naziübergriffe

BERNAU, 14./15.6. Ein 12-jähriger Russlanddeutscher ist auf dem Bahnhof von zwei Rechtsextremisten zusammengeschlagen worden. Die beiden Tatverdächtigen Andy M. (22) und Robert D. (16) hatten zuvor rassistische Parolen gerufen und dann Jagd auf eine Gruppe von Spätaussiedlern gemacht. Die Täter rissen den Jungen zu Boden, schlugen ihm mit Fäusten ins Gesicht und traten ihn in den Bauch. (Die Welt, 17.6.)

ROSTOCK, 16.5. Zwei 13 und 15 Jahre alte Jugendliche sind bei Übergriffen von Rechtsextremisten zum Teil schwer verletzt worden. Aus „ermittlungstaktischen Gründen“ habe man die Öffentlichkeit zunächst nicht informiert, erklärte die Polizei, nachdem die Opferberatungsstelle „Lobbi“ Anfang Juni auf die Tat aufmerksam machte. Die Täter seien inzwischen ermittelt. Gegen zwei 17- und 18-jährige ergingen Haftbefehle. Der 13-jährige war von einer Gruppe von fünf bis sechs Nazis geschlagen und getreten worden. Er erlitt Platz- und Schürfwunden sowie Blutergüsse im Gesicht. Zudem wurden ihm zwei Zähne ausgeschlagen. Nach Angaben des Vereins „Lobbi“ wurde der Junge bewusstlos und musste mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden. Wie „Lobbi“ weiter mitteilte, hatten Freunde des 13-jährigen an einer Haltestelle mehrere Busfahrer um Hilfe gebeten, die aber eine Unterstützung verweigert hätten. (Ostsee-Zeitung, 6.6.; SVZ, 7.6.)

→

Gera, 21.6. Ca. 150 „Freie Nationalisten“ und NPD-Kader konnten ein Nazikonzert im Park der Jugend durchführen. Eine Verhinderung des Konzerts war aufgrund der massiven Polizeipräsenz nicht umsetzbar. Es hagelte Platzverweise, mehrere Transparente und Kundgebungsmittel wurden beschlagnahmt, ein junger Mann von ca. 20 Rechten bedroht und tätlich angegriffen. Während des ganzen Tages zogen vereinzelte Nazigruppen provozierend an den Ständen der Veranstaltung „Gera Bunt“ vorbei und pöbelten z.B. GewerkschafterInnen an. Bei dem Nazikonzert traten auf: „Kommando Ost“, gefolgt von „Thor“, „Confident of Victory“ und „Eugenik“ aus Gera. Das städtische Straßenfest „Gera Bunt“ warb mit Plakaten einen Tag vor der Veranstaltung lediglich für eine Art Volksfest, nicht aber für eine Gegenveranstaltung. Im Vorfeld bekamen einige antifaschistisch engagierte Menschen Droh-e-mails mit Sprüchen wie z.B. „einige sind bekannt, auch du“ und „der Krieg hat begonnen“.

Werdau, 25.6. Unbekannte haben einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim verübt. Sie schleuderten Brandsätze gegen das Gebäude, die glücklicherweise kein Feuer auslösten. (FR, 26.6.)

Rottstock (Brdbg.), 30.6. Nach einem Übergriff auf einen Asylbewerber hat das Amtsgericht Brandenburg gegen den 32-jährigen als Neonazi bekannten mutmaßlichen Haupttäter Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen. Die drei mutmaßlichen Mittäter wurden hingegen wieder freigelassen, da sie vom Opfer nicht zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Die vier sollen den 26-jährigen Asylbewerber aus Kamerun am 28.6. an einem Badesee von seinem Fahrrad gestoßen und mehrfach „Bimbo verpiss dich“ gerufen haben. Anschließend sollen sie ihn samt seinem Fahrrad in den See geworfen und ihn mehrfach unter Wasser gedrückt haben. Nachdem es dem Opfer gelang, zu flüchten und die Polizei zu rufen, wurden die vier Tatverdächtigen von einer Mobilen Polizeieinheit festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Potsdam prüft Hinweise, wonach zahlreiche Badegäste den Übergriff beobachtet haben, ohne einzuschreiten. (FR 1.7.)

gammanews Juli 2003 ■

Gedenken an „Zigeunerlager“ Auschwitz

Frankfurt. Der Förderverein Roma lädt anlässlich des 59. Jahrestages der Liquidation des „Zigeunerlager“ Auschwitz zu einer Gedenkveranstaltung am 2.8.03, um 13 Uhr in die Braubachstraße 18-22, Stadtgesundheitsamt, ein. In einem unvergleichbaren Akt wurden am 2.8.1944 2.800 Roma und Sinti bei der Auflösung des „Zigeunerlagers“ Auschwitz ermordet. Diese Aktion bildete gleichsam die Spitze der Erfassung, Verfolgung und Vernichtung der Roma und Sinti während des Nationalsozialismus. Bereits in den 30er Jahren wurden in enger Kooperation zwischen dem „rassehygienischen Institut“ des Reichssicherheitshauptamtes, verschiedenen Kriminalämtern sowie städtischen und kirchlichen Einrichtungen alle Roma und Sinti erfasst, vermessen, in Lagern inhaftiert und schließlich in Vernichtungslager deportiert. Etwa eine halbe Million Roma und Sinti wurden ermordet.

Eva Justin und Robert Ritter, zwei maßgebliche „NS-Rasseforscher“, zeichneten allein verantwortlich für die Tötung von über 20.000 deutschen Roma und Sinti. Trotz ihrer Verbrechen wurden sie nicht strafrechtlich belangt und nach 1945 von der Stadt Frankfurt im Sozial- und Gesundheitsamt in leitenden Positionen beschäftigt. Eva Justin hatte im Rahmen ihrer Tätigkeit erneut mit Roma und Sinti, d.h. mit Überlebenden oder deren Kindern, zu tun.

Allein der jahrelange Protest der Roma-Union Frankfurt, des Fördervereins Roma und Unterstützern ermöglichte die Anbringung einer Gedenktafel am Stadtgesundheitsamt, dem ehemaligen Tätigkeitsfeld von Ritter und Justin. Die Tafel, die ausschließlich von Spendengeldern finanziert wurde, erinnert an die begangenen Verbrechen, bezeichnet die Täter und klagt die Verantwortung gegenüber Roma und Sinti auch nach 1945 ein.

Förderverein Roma e.V. ■

Nürnberg: Naziaufmarsch am 6. September

Nürnberg. Für den 6. September 2003 hat der überregional bekannte Neo-Nazi Gerd Ittner aus Zirndorf einen Aufmarsch mit dem Motto „Stolz und treu – macht Deutschland frei“ in Nürnberg angemeldet. Ittner ist bekennender Neo-Nazi und Holocaust-Leugner. Seine menschenverachtenden Machwerke veröffentlicht er regelmäßig im Internet.

Ittner hat die historische Route vom Reichsparteitagsgelände zum ehemaligen Adolf Hitler Platz, dem heutigen Hauptmarkt gezielt gewählt, um sich in die Tradition der von 1927 bis 1938 im September in Nürnberg stattfindenden Propagandaveranstaltungen der NSDAP zu stellen.

Regelmäßig fanden in Nürnberg auf dem Reichsparteitagsgelände neben den Reichsparteitagen der NSDAP auch Totengedenken der SA (Sturmabteilung) und SS (Schutzstaffel) statt. Neben Funktionären der NSDAP, der SA, SS und anderer paramilitärischer Verbände versammelten sich auch Abordnungen des Reichsarbeitsdienstes (RAD), der Hitlerjugend (HJ) und der Wehrmacht. Das Nürnberger Reichsparteitagsgelände zählte zu den wichtigsten Nazibauwerken und hat bis heute seine Anziehungskraft auf Neonazis aus aller Welt nicht verloren. Nach 1945 wurde das Reichsparteitagsgelände sowohl militärisch als auch gewerblich genutzt. Die Bauten der Luitpoldarena wurden gänzlich entfernt und dem Gelände wieder seine frühere Gestalt als Parkanlage gegeben. Erst im Jahr 2000 wurden Teile der Kongresshalle für das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“ freigegeben, dessen Planung durch den Widerstand der CSU und andere rechtskonservative Kräften immer wieder verzögert wurde.

... in Nürnberg und dem Umland regt sich seit Jahren Widerstand gegen faschistische Umtriebe. Beispielsweise organisierte im November 1999 das Antifaschistische Aktionsbündnis Nbg. in Fürth eine Demonstration gegen den Nazi-Laden „Utgard“, der bis zu seiner Schließung im Juli 2000 als Anlaufstelle für Mittelfrankens Naziriege und zum Vertrieb von faschistischer Propaganda diente. Der Laden musste nicht zuletzt wegen dem anhaltenden Engagement entschlossener AntifaschistInnen geschlossen werden. Und auch die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ konnte ihren Aufmarsch zum Stadtrats-Wahlkampf im Oktober 2001 gegen den Widerstand von 2500 AntifaschistInnen nicht durchsetzen.

Vorbereitungen zum 6.9.: Donnerstags ab 19.30 Uhr in der Schwarzen Katze (Gostenhof, Nbg), Regelmäßige Infos: www.nadir.org/redside

Kontakt: Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg, c/o Libresso, Bauerngasse 14 90443 Nürnberg oder oa-nuernerg@web.de ■

Lied- und Plakatwettbewerb zum „Tag-der-Mahnung“

Berlin. Am 14. September wird im Marx-Engels-Forum der „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ begangen, der 1945 als Gedenktag für die Opfer des Faschismus begründet wurde. In diesem Jahr soll Geschichte und Anliegen des Aktionstages gegen Neonazismus, Rassismus und Krieg auch im Kulturprogramm stärker hervorgehoben werden. Für die Präsentation werden noch Plakatentwürfe und Lieder gesucht. Das beste Plakat und das beste Lied werden mit je 300 Euro prämiert. Alle Plakatentwürfe werden am 14. September in einer Ausstellung und die besten 12 Plakate in einem Kalender 2004 präsentiert. Das Plakat muss das Logo des Aktionstages und die Angaben zu Termin, Ort und Zeit enthalten. Einsendeschluss für den Plakatentwurf ist der 30. Juni 2003. Die besten Songs werden am 14. September auf der Bühne präsentiert.

Vorbereitungskreis 14. September 2003, c/o VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030/29784174, Fax: 030/29784179, Email: info@tag-der-mahnung.de, Informationen auch unter: http://www.tag-der-mahnung.de. ■

Die besseren „Vertriebenen“...

Ein „europäischer Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen“ solle beginnen: Das hatte der Deutsche Bundestag vor etwa einem Jahr, am 4. Juli 2002, beschlossen. Der „Dialog“ hat begonnen – im Dezember – , er ist in diesem Jahr weitergeführt worden und hat Mitte Juli die öffentliche Debatte erreicht, zumindest in Polen, der Tschechischen Republik und Deutschland. Dabei haben sich zwei Fraktionen herausgebildet, die beide ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ errichten wollen, aber – Streit belebt die Debatte! – sich inzwischen heftig bekämpfen.

Die Zielsetzung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ ist nach wie vor unumstritten: Es geht darum, „Vertreibungen“ zum „Unrecht“ zu erklären. Einig sind sich alle Beteiligten auch darüber, dass die Umsiedlung der Deutschen in Folge des Zweiten Weltkriegs als „Vertreibung“ und damit als „Unrecht“ zu werten sei; dies ist letztlich ein Angriff auf das Potsdamer Abkommen. Und Einigkeit besteht auch darin, dass das Zentrum zur Verschleierung seines wahren Charakters als „europäisches“ ausgegeben werden soll.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist ursprünglich ein Projekt des BdV gewesen, und der entwickelt es auch heute noch weiter: Mit Hilfe der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die von der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach und dem Sozialdemokraten Peter Glotz geleitet wird. Das Konzept der Stiftung sieht eine Gedenkstätte in Berlin vor, an der vorrangig der deutschen „Vertriebenen“ gedacht werden soll; ansonsten legen auch Steinbach und Glotz großen Wert auf das Etikett „Europa“. Den „Franz-Werfel-Menschenrechtspreis“, den die Stiftung im Juni zum ersten Mal verliehen hat, haben ein armenischer Wissenschaftler und drei Bürgerinnen und Bürger der Tschechischen Republik erhalten: Der Bochumer Genozidforscher Mihran Dabag für seine Forschungen über den Völkermord an Armenierinnen und Armeniern, das tschechische Trio für die Errichtung des ersten Denkmals für „Sudetendeutsche“ in der Tschechischen Republik.

Zur Stärkung ihrer europäischen Netzwerke scheint die Stiftung ein Bündnis mit der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) anzustreben. Deren Generalsekretär Tilman Zülch fördert die Stiftung; im August 2002 hielt er gemeinsam mit Steinbach eine Pressekonferenz ab, auf der einige selbst ernannte „Vertriebene unterschiedlicher Volksgruppen“ aus dem Umfeld der GfbV sich für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ aussprachen. Zur Einführung in die Kreise der deutschen „Vertriebenen“ hatte Zülch im Jahr 2001 die Plakette des BdV „für den Einsatz um die Menschenrechte der deutschen Vertriebenen“ erhalten.

Gegen das BdV-Projekt konkurrieren inzwischen vor allem Außenpolitiker sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in ständigem Kontakt zu den osteuropäischen Eliten stehen und wichtige Vorfeldarbeit für das Auswärtige Amt (AA) leisten. Sie nennen „Vertreibungen“ ebenfalls pauschal „Unrecht“, deklarieren

Verleihung des Franz-Werfel-Preises

das BdV-Konzept aber als nationalistisch und haben es offenbar geschafft, prominente Persönlichkeiten aus mehreren Staaten Osteuropas zur Mitarbeit am „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu bewegen - gegen das Versprechen, die deutschen „Vertriebenen“ dabei in den Hintergrund zu drängen und damit größere Unruhen unter der polnischen und tschechischen Bevölkerung zu verhindern. Führend ist dabei Markus Meckel, stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und in verschiedenen einflussreichen Positionen mit der Gestaltung der deutschen Polen-Politik betraut. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, gehört zu der Clique, ebenso Gesine Schwan, die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder, und Stefan Troebst, Gründungsdirektor des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen in Flensburg und einer der führenden deutschen „Volksgruppen“-Politiker.

Die Debatte vorangetrieben hat die AA-Vorfeld-Fraktion vor allem mit Konferenzen, auf denen die Konzeptionierung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ vorbereitet wurde. Im Dezember trafen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus elf verschiedenen Staaten unter der Leitung von Dieter Bingen und Stefan Troebst im Deutschen Polen-Institut, im Juni debattierte man mit Gesine Schwan an der Europa-Universität Viadrina. Den großen Coup hat jetzt Markus Meckel gestartet: Am 14. Juli hat er einen Aufruf „Für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“ veröffentlicht, der auch von Prominenz aus „unseren ostmitteleuropäischen Staaten“ (Meckel wörtlich) unterzeichnet wurde. Seitdem wird auch in Polen und Tschechien über das Zentrum debattiert.

Kein Wunder. Denn die Liste derjenigen, die den Aufruf unterzeichnet haben, kann sich sehen lassen. Aus Deutschland finden sich neben dem Bundestagspräsidenten und einer ehemaligen Bundestagspräsidentin mehrere Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen sowie der ehemalige Außenminister Genscher. Aus Polen haben gleich zwei ehemalige Außenminister unterzeichnet – Bartoszewski und Geremek –, daneben prominente Publizisten (Adam Krzeminski) und Wissenschaftler (Wlodzimierz Borodziej). Ein ungarischer Staatssekretär und ein Mitglied des slowakischen Nationalrats stehen neben dem stellvertretenden tschechischen Ministerpräsidenten Petr Mares, dem tschechischen Senatsvorsitzenden Petr Pithart und dessen Stellvertreter Jan Ruml.

Für eine internationale Kommission, die ein genaues Konzept entwickeln und einen geeigneten Ort für das Zentrum finden müsste (Meckel plädiert für Wroclaw), sollten sich auf der Unterschriftenliste genügend Kandidatinnen und Kandidaten finden. Der deutsche Innenminister, der seinerseits das BdV-Konzept favorisiert, hat angekündigt, nach der Sommerpause die beiden streitenden Fraktionen zusammenführen zu wollen, um endlich mit dem Projekt voranzukommen. Entscheidende Hindernisse stehen ihm in Deutschland jedenfalls nicht mehr im Wege.

Eine letzte kleine Weiche wurde hier im vergangenen Jahr gestellt. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), einer der wichtigsten deutschen think tanks auf dem Gebiet der Außenpolitik, unterhält an ihrem Forschungsinstitut eine „Arbeitsstelle Ostmitteleuropa“, die vor nicht allzu langer Zeit von Markus Mildenberger geleitet wurde; Mildenberger, ein Kritiker des „Zentrums gegen Vertreibungen“, musste Anfang 2002 den Posten räumen. Seine Nachfolgerin Andrea Gawrich kritisierte das Projekt ebenfalls öffentlich; auch sie musste gehen. Katarzyna Stoklosa, die die Leitung der Arbeitsstelle inzwischen übernommen hat, leistet sich solche Illoyalitäten nicht; und im „Gesprächskreis Polen“, der der Arbeitsstelle angegliedert ist, führt den Vorsitz seit einem Jahr Markus Meckel persönlich.

Jörg Kronauer ■

Den Marsch geblasen:

Massive Proteste gegen Nazidemo in Hamburg

Am 19. Juli marschierten die NPD und das Aktionsbüro Norddeutschland durch Hamburg, doch anstelle der erwarteten 400 Nazis fanden sich gerade 140 in der Hansestadt ein. Dem Aufzug der Nationalsozialisten stellten sich mehrere hundert Antifaschisten und Antifaschistinnen entgegen. Die Stimmung war, trotz mäßiger Teilnehmerzahl und Sommerloch, entschlossen, und nur mit einiger Mühe gelang es 1200 Bereitschaftspolizisten, den Aufmarsch gegen zum Teil massive Proteste abzusichern. Auf Seiten der Polizei bestimmten Schlagstock- und Wasserwerfereinsätze das Erscheinungsbild.

Im Vorfeld hatte die Gruppe Avanti - Projekt undogmatische Linke öffentlich zu einer Blockade am Sammelpunkt der Nazis (Berliner Tor) aufgerufen. Zwar gelang es den 250 zumeist jugendlichen Nazigegnerinnen und Nazigegnern nicht, den Bahnhofsausgang zu blockieren und so die Anreise der Rechten zu verhindern, andererseits reichte bereits deren Präsenz in Sicht- und Rufweite zum Sammelpunkt, um den Abmarsch der Nazis um gut eine Stunde zu verzögern. Die Strategie, mittels offensiver und vorangekündigter Blockaden den Aufmarsch zu stören oder gar zu verhindern,

war in der Vorbereitung auch innerhalb autonomer und unabhängiger Antifagruppen umstritten, stellte sich aber als verhältnismäßig erfolgreich heraus.

Bei der besonders geschmacklosen Zwischenkundgebung am „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ (Mundsburg) schallte es aus Richtung des nahe gelegenen Einkaufzentrums „Nazis raus“. Zweihundert Meter weiter wurde die Ansprache des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt mit Obst und Wurfgeschossen quittiert. Bauzäune landeten auf der Straße und Müllbeutel wurden auf der Fahrbahn entleert. Während Wasserwerfer den Protest auf Abstand hielten, spielten die NPD und das Norddeutsche Aktionsbündnis über einen mitgeführten Unimog-Lautsprecherwagen das Heulen von Luftschutzsirenen, das Gedröhne von Bombermotoren und das Krachen von Einschlägen ab.

Am Endpunkt der Nazis, dem Barmbeker Bahnhof, störten nur noch vereinzelte Grüppchen die Abschlusskundgebung der Nazis. Zu guter Letzt wurde der abrückende Unimog auch noch mit Steinen und Flaschen beworfen. Dabei kam es zu einem folgenreichen Zwischenfall. Nach Aussage der Polizei habe ein Wurfgegenstand einen Demonstranten am Hinterkopf getroffen. Andere wollen gesehen haben, dass der 25-jährige Demonstrant vom Lautsprecherwagen der Nazis angefahren und verletzt worden sei. Die undurchsichtige Lage veranlasst den Ermittlungsausschuss zur Bitte an alle Augenzeugen, sich zu melden.

Noch am Abend zuvor, also in der Nacht von Freitag auf Samstag, attackierten Antifaschisten den Sitz der extrem rechten „Hamburger Burschenschaft Germania“ an der Sierichstraße (Winterhude). Mit Absperrgittern wurde die Fahrbahn blockiert, und es folgten Farbbeutel gegen die Fassade.

Vier Tage vor dem Aufmarsch hatte die Innenbehörde ein Verbot der Nazikundgebung erlassen. Allen Beteiligten war klar, dass dieses Verbot keinen Bestand haben werde, und tatsächlich wiesen die Richter die Behauptung unkontrollierbarer Gefahr für Leib, Leben und die öffentliche Sicherheit als „nicht nachvollziehbar“ zurück. Gegen die Aufhebung des Verbotes legte die Innenbehörde nicht einmal Widerspruch ein, weshalb von einem ernsthaften Versuch, den Aufmarsch zu verbieten, nicht gesprochen werden kann. Wäre dies beabsichtigt gewesen, hätte das Verbot auf Propagandadelikte abstellen müssen (Volksverhetzung, Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener, Werbung/Fortführung verbotener Organisationen). So aber führte nicht einmal das uniformierte Auftreten eines Teils der Kameraden (siehe Bild) zu Auflagen und Verboten.

Am 19. Juli, wie immer bei den „Gegendemos gegen Demos“, stand die Route und Planung der Nazis erst wenige Stunden vor Beginn fest. Und wie immer bestand beim engen „Timing“ der Behörden die Gefahr, dass Antifaschistinnen und Antifaschisten sich dazu verleiten lassen, ihre Aktivitäten zu sehr auf mobile und gut informierte Insiderkreise auszurichten.

Mit der Anmeldung einer Auftaktkundgebung am Hachmannplatz/ Hauptbahnhof mobilisierte die VVN – allerdings erst recht spät – über den engen Kreis der Antifaszene hinaus. Für die zweite, am ursprünglichen Endpunkt des Naziaufmarsches (Moorweide) angemeldete Kundgebung bestand das Problem, dass diese schließlich weit ab von der Route der Nazis lag. Die VVN entschied kurzfristig, auf die geplante Kundgebung zu verzichten und diese an den Endpunkt einer Demonstration in die Sierichstraße zu verlegen. An der im Eilverfahren vom AStA der HWP angemeldeten Demonstration, die unweit der Route der Nazis verlief, beteiligten sich anfänglich 250,

später 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Sehr positiv war, dass alle Beteiligten ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft zeigten, und es war nur folgerichtig, die VVN-Kundgebung von der Moorweide an den Ort des Geschehens zu verlegen. Wer sagt, Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, muss seinen Protest in angemessener Form ausdrücken, die den Widergängern des Nationalsozialismus das Recht abspricht, öffentlich aufzutreten.

Deshalb ruft die VVN - BdA zu einer Kundgebung gegen den angekündigten Aufmarsch von Worch und Konsorten am 28.7. auf. Die Kundgebung findet um 17 Uhr auf dem Vorplatz des Ernst-Deutsch-Theaters, Kreuzung Winterhuder Weg/Hamburger Straße, direkt gegenüber der U-Mundsburg, statt. Sollte der Kundgebungsort mit Auflagen versehen werden, wird die Kundgebung an der Finkenau, Höhe HfBK, Lerchenfeld/ Ecke Immenhof stattfinden.

kun ■

Kein „kostenloser Transport" von Neonazis

HAMBURG. Zwei Tage vor dem angekündigten Naziaufmarsch besuchten Antifaschisten die Zentrale des Hamburger Verkehrsverbundes, um gegen die von der Innenbehörde in den letzten Jahren praktizierte Bereitstellung von HVV-Sonderbusse und -bahnen zur „sicheren An- und Abfahrt" der Nazis an ihren Aufmarschorten zu protestieren. Während einige „Besucher" mit den Mitarbeitern redeten, hängten andere ein Transparent aus dem Fenster: „Antifaschismus muss Konsequenzen haben". Die nach einer halben Stunde herbeigeeilte Bereitschaftspolizei erstürmte den falschen Treppenaufgang und traf anschließend keinen der Besetzer und Besetzerinnen mehr an.

In ihrer Erklärung zur Aktion schreibt badweather-antifa: Wir haben heute die HVV-Hamburger Verkehrs Verbund Zentrale, Steinstraße 7, besetzt. Wir protestieren mit dieser Aktion gegen den zu erwartenden Transport norddeutscher Neonazis durch HVV-Sonderbusse und -bahnen. Seit Ende der Neunziger ermöglicht der HVV so den reibungslosen Ablauf von Naziaufmärschen. Nur der sichere An- und Abtransport garantierte bisher den Nazis, dass sie überhaupt in Hamburg marschieren konnten. In Hamburg mit seinem hohen migrantischen Bevölkerungsanteil wäre es den „Herrenmenschen" anders unmöglich, ohne Konfrontation die Hamburger Innenstadt zu erreichen. Während die Nazis kostenlos durch Hamburg kutschiert werden, dürfen die Ärmsten der Armen bald einen saftigen Zuschlag zahlen. Die Behörde für Soziales und Familie plant, das Sozialticket abzuschaffen. Diese Fahrkarte ermöglichte es Sozialhilfeempfängern und Empfängerinnen bisher, für 15,50 Euro monatlich im Großraum Hamburg beliebig viele Fahrten in U- und S-Bahnen zu unternehmen. So ergänzen sich die Politik des Senats und der Neonazis. Die einen behindern durch ihre Kürzungen die Mobilität der Schwächsten, die anderen dürfen auf Demonstrationen (zu welchen sie mit HVV Sonderbussen und Bahnen gefahren werden) gnadenlos gegen, wie es im Jargon der Nazis heißt, „Asoziale" und „Sozialschmarotzer" hetzen. Wir fordern: Kein weiterer Transport von Neonazis durch öffentliche Verkehrsmittel! Gratis-Tickets für Sozialhilfeempfänger und Flüchtlinge! ■

Folgen einer antifaschistischen Kaffeefahrt

AACHEN. Am 17.5. führten AntifaschistInnen aus der Region Aachen/Düren eine „Kaffeefahrt" durch, wobei bekannte und führende Neonazis der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. (Siehe AN 12-2003) Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Teilnehmer der Tour. Wir dokumentieren Auszüge aus einer Erklärung der beteiligten AntifaschistInnen:

„Es ist an der Zeit, die Öffentlichkeit auf das erneute Zusammenspiel von Neofaschisten aus der Region Aachen einerseits und Polizei und Staatsanwaltschaft andererseits hinzuweisen, weil diese Kumpanei gefährlich und skandalös ist. AntifaschistInnen der Region haben am 17. Mai bekannte und führende Neonazis der Region der Öffentlichkeit vorgestellt. ... Die Nazis fühlen sich selbstverständlich durch das Eingreifen der AntifaschistInnen gestört. ... (Sie) haben deshalb Anzeige gegen einen Vertreter der Eschweiler Bürgerinitiative Gemeinsam gegen Neonazis und weiterhin gegen „unbekannt" gestellt. Sie fühlen sich beleidigt, weil sie Nazis genannt wurden. Ein Witz. Und doch ermittelt die Staatsanwaltschaft Aachen verbissen. Obwohl fest steht, dass der Eschweiler Antifaschist an der Fahrt gar nicht teilnahm, wurde seine Wohnung durchsucht. Von ihm wurden Fotos gemacht, die die Polizei ausgerechnet den Neonazis vorlegen will. Ähnliches geschah dem Geschäftsführer des PDS Büros im Kreistag Aachen. Auch er, der angeblich den Bus bestellt haben soll, wird zum Fototermin vorgeladen mit dem „Versprechen", dass diese Fotos den Nazis vorgelegt werden. Hier wird deutlich eine Grenze zur Kumpanei überschritten, hier ist die Grenze zur Beihilfe zu Straftaten durch Behörden erreicht. Die Nazis betreiben auf ihren Internetseiten permanente Hetze und Drohungen gegenüber Andersdenkende. Sie führen Todeslisten und geben Schriften heraus, auf denen ihre Gegner beschrieben und bedroht werden. Sie nennen diese Arbeit „Anti-Antifa". ... Die Staatanwaltschaft Aachen ist bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Teil des Problems und nicht ein Teil der Lösung. Die Teile der Staatsanwaltschaft Aachen, die für politische Straftaten in den letzten Jahren zuständig waren, sollten dringend umbesetzt werden in solche Abteilungen, in denen der Korpsgeist des Kalten Kriegs der 50er Jahre weniger Schaden für die Demokratie anrichtet.

Wir rufen zur Solidarität mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf gegen Naziterror und staatlicher Repression auf. Wir fordern die Öffentlichkeit auf, sich aktiv an den Auseinadersetzungen mit dem Neofaschismus in der Region zu beteiligen. Wir erwarten von denen, die in Parlamenten und erwaltungen Verantwortung tragen, dass sie endlich die Hände aus den Hosentaschen nehmen. Die Bekämpfung des Neofaschismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe, keine der Polizei und keine von Linken allein. Lassen sie keine weitere Verharmlosung zu. Kämpfen Sie für jeden Zentimeter demokratischer Freiheiten. Sind oder bleiben Sie unduldsam gegenüber dem Neofaschismus. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen."

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Antifaprojekt an Aachener Hochschulen, Antifa Aachen, S.P.U.N.K, Antifa Düren, SDAJ-Düren, Büro der PDS im Kreistag Aachen, Jugendantifa Sxe Stolberg und Einzelpersonen.

Anwalts- und Gerichtskosten und möglicherweise Geldstrafen kommen auf die Betroffenen zu, deshalb wurde ein Spendenkonto eingerichtet. Finanzielle Unterstützung wird erbeten auf das Konto der VVN-BdA KV Aachen, SEB Aachen, BLZ 390 101m 11, Kto.Nr. 1026900100, Stichwort: Kaffeefahrt.

Zwangsarbeiter aus der Ukraine zu Besuch

In der Woche vom 25. Mai - 1. Juni 2003 haben fünf ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine (75 bis 79 Jahre alt) auf Einladung der „Initiative gegen das Vergessen – Zwangsarbeit in Schweinfurt“ Schweinfurt besucht. Neben Besichtigungen der ehemaligen Arbeitsstätten standen öffentliche Veranstaltungen und Diskussionen mit Schulklassen auf dem Programm.Auf einer Veranstaltung im Schrotturmkeller hielt Klaus Hofmann von der Initiative gegen das Vergessen ein Referat über die deutsche Besatzungsherrschaft in der Ukraine, das hier zu einem kurzen inhaltlichen und historischen Abriss komprimiert wurde. Peter Hub verlas u.a. einen Brief des Zwangsarbeiters Vitali Melichov, den wir hier unter dem Titel „Erinnerungen eines ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeiters“ dokumentieren. Melichov antwortete im Brief auf Fragen der Initiative. Die Fragen wurden ausgelassen. *cls* ■

Erinnerungen eines ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeiters

Mein Name ist Vitali Melichov, geboren bin ich am 28.8.1924 in der Stadt Slavansk, Ukraine. Seit 1925 lebt meine Familie in der Stadt Kramatorsk. Von 1932-41 bin ich zur Schule gegangen. Im Krieg war ich bei meinen Eltern zu Hause. Im März 42 hat uns die deutsche Stadtverwaltung nach Dnepropetrowsk „evakuiert“. Dort wurden wir in ein großes Gefängnis eingeliefert. Zur Körperreinigung haben sie uns durch Desinfektionsräume geschleust. Danach mussten wir uns einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Nach dieser Prozedur sagte man uns, dass wir nach Deutschland zur Arbeit geschickt würden. Dort arbeitete ich bei SKF in Schweinfurt, zuerst als Schleifer, dann als Dreher in Werk 1. Ende 1944 wurde ich von SKF in Produktionsstätten unter der Erde geschickt, und zwar in das Dorf Neckarzimmer am Neckar. Dort befreiten uns am 1. April 1945 amerikanische Soldaten. Danach kam ich nach Schweinfurt zurück in ein Zwischenlager, das früher eine Kaserne war. Von dort transportierte man uns auf LKWs nach Magdeburg, wo wir der Sowjetarmee übergeben wurden. Wir fuhren über Berlin, Frankfurt/Oder, Warschau, Kiew nach Kramatorsk zurück und kamen dort im August 45 an.

Nur kurze Zeit nach dem deutschen Angriff auf Kramatorsk im Oktober 1941 bekam jeder Bewohner einen Ausweis. Wer keinen deutschen Ausweis hatte, wurde als Partisan bezeichnet, gejagt und getötet. Im Februar 42 nahm uns die deutsche Polizei alle deutschen Pässe ab und evakuierte uns nach Dnepropetrows und von da transportierten sie uns, ca. 100 Personen, im Zug unter Bewachung nach Schweinfurt. Es gab keine Toiletten oder Waschgelegenheiten im Zug. Wir schliefen auf dem Boden auf etwas Stroh. Es war sehr kalt. Das Essen war sehr schlecht und viel zu wenig. Wir hatten verschieden gelaunte Wächter. Waren sie auf dem Weg in den Heimaturlaub hat uns die Wache nicht geschlagen oder beleidigt. In einem Waggon waren 40-50 Menschen.

In Hammelburg war ein sehr großes Auffanglager, in dem Menschen aus der UDSSR zur Weiterverteilung in deutsche Städte zusammengefasst wurden. Daneben war ein Kriegsgefangenenlager für sowjetische Soldaten. Die Lagerleiter gingen mit den Kriegsgefangenen sehr brutal um. Für Kleinigkeiten wurden sie geschlagen.

Ein Beispiel: Ein Ostarbeiter wurde bestraft, als er mit dem Suppenfassen an der Reihe war, indem ihm ein Bewacher einen Suppenschöpfer voll mit heißer Suppe auf den Kopf setzte und ihn mit Gewalt zu Boden drückte. Der Mann litt danach noch sehr lange Zeit an den Verbrennungen der Kopfhaut. Die Bewachung war sehr stark und Fälle von Flucht waren mir nicht bekannt. Meinen Aufenthalt in Hammelburg habe ich in sehr schlechter Erinnerung.

Ins Zwischenlager Hammelburg kamen regelmäßig Vertreter von verschiedenen Firmen, um sich die kräftigsten unter den Gefangenen auszusuchen. In einem großen Zimmer standen einige Tische, an denen diese Herren saßen. Sie hatten Unterlagen dabei und trugen Abzeichen ihrer Firmen. Wir sind zu den Tischen gegangen (zehn Menschen auf einmal), haben unsere Namen genannt und unseren Beruf. Facharbeiter (Spezialisten) kosteten 10 Reichsmark, Ungelernte kosteten 8 Reichsmark. Verkauften Arbeitern wurde das jeweilige Firmenschild angeheftet. Man hat uns in Waggons eingepfercht, getrennt von den einheimischen Deutschen und hat uns nach Schweinfurt gebracht. Wir dachten, wir hätten Deutschland nichts angetan, aber sie behandelten uns und nutzten uns aus wie Gefangene.

Wir waren in einem Lager untergebracht, das einen Stacheldrahtzaun und verstärkte Wachen hatte. Wir lebten in Baracken, die man nachts zusperrte. Drinnen stand in der Mitte eine große Tonne, die als Toilette diente. Wir schliefen auf Holzpritschen, von denen jeweils drei übereinander standen, auf Strohsäcken, 30-40 Menschen schliefen im Mantel in jeder Reihe.

Die Ernährung war ganz schlecht und wir hatten immer Hunger. Ich litt unter Dystrophie. Meine Beine waren geschwollen. Deshalb wurde ich ins Werk 2 versetzt. Ich bekam 300 Gramm Brot, einmal pro Woche Suppe mit 20 Gramm Margarine und 100 Gramm „Wurst“. Ich arbeitete in zwei Schichten von 15 Uhr bis 3 Uhr nachts oder von 3 Uhr bis 15 Uhr. Das war schrecklich. In der Anfangszeit schauten die deutschen Arbeiter nur sehr vorsichtig zu uns rüber. Die Propaganda von Goebbels tat ihre Wirkung. Wir waren Menschen zweiter Klasse. Aber langsam besserte sich alles. Die deutschen Kollegen sahen, dass wir fleißig waren, hatten Mitleid mit uns. Unter Gefahr halfen sie uns mit Lebensmitteln.

Ich habe nur mit Russen gearbeitet, aber im Werk waren auch Franzosen. Kontakt mit ihnen war aber nicht möglich. Unsere Mädchen hatten aber Kontakt zu ihnen, aber hauptsächlich sexuellen. Sie haben von ihnen dafür Essen bekommen. In unserem Lager gab es nur sehr wenige Fluchtfälle und wer es schaffte, wurde nach einiger Zeit zurückgebracht. Danach verschwanden sie für immer.

An Geburten im Lager kann ich mich nicht erinnern. Aber Schwangerschaften gab es genug. Hierfür gab es im Lager eine besondere Abteilung zur Vornahme von Abtreibungen.

Man starb entweder vor Hunger oder Erschöpfung. Aber viele entkräftete Menschen hat man weggebracht und sie wurden danach nie wieder gesehen. Massensterben gab es erst während der Bombardierungen: Deutsche, Russen, Ukrainer, Franzosen und andere. Zweimal pro Woche erhielten wir ein Kuvert mit 9,80 Reichsmark. Kaufen konnten wir dafür nichts. Wir haben darum abends Karten gespielt oder gegenseitig Stücke Brot verkauft. In Werk 1 und 2 waren Bunker, wo wir uns vor den Bomben versteckten.

Aber es war dort nicht Platz für alle, sie waren zu klein. Darum hat man uns erlaubt auf LKWs die Stadt zu verlassen. Wer danach noch am Leben war, musste zurück zur Arbeit.

Bei Luftangriffen ist jeder um sein Leben gelaufen, so weit wie möglich von der Stadt weg. Danach musste man immer sofort zurückkommen. Dann wurde man nie bestraft. Ich bin in dieser schrecklichen Nacht im Februar 43 aus Schweinfurt 18 km weggelaufen und bin im Dorf Vasbühl geblieben, wo ich für einen Steinbruchbesitzer Schleifsteine für die Landwirtschaft herstellen musste. Dort arbeitete ich bis zum Sommer. Plötzlich kamen Polizisten, packten uns in ihren Wagen und brachten uns wieder nach Schweinfurt zurück. Wie haben angegeben, wer aus welchem Lager stammte. Mich haben sie wieder in das Lager von SKF gebracht. Dort habe ich 10 Stockschläge auf den Hintern erhalten und man hat mich wieder in meine alte Baracke geschickt. Bald habe ich wieder gearbeitet, aber nicht mehr in Schweinfurt.

Ich fing Ende 1944 an im Dorf Neckarzimmer am Neckar zu arbeiten. Dorthin hatte man die komplette Ausrüstung der Werkhallen von SKF gebracht. 150 - 200 Menschen arbeiteten dort. Das Lager war oben am Berg. Und drinnen im Berg war die Fabrik. Dort arbeiteten Deutsche, Russen, Ukrainer, Italiener, Sowjetische Kriegsgefangene. Es waren mehrere Tausend Menschen. Wir spürten bereits das nahende Kriegsende. Wir hatten freundschaftliche Beziehungen zu deutschen Arbeitern. Im März 45 stand die Fabrik still. Die Menschen fuhren in alle Richtungen. Alle Eingänge wurden von Deutschen Soldaten mit Minen zerstört. Am 1. April 1945 kamen die ersten amerikanischen Soldaten. Danach bin ich mit dem Fahrrad alleine nach Schweinfurt gefahren in die Kaserne.

Im August 1945 bin ich heim gekommen. Mein Bruder war am 31. März 45 auf deutschem Gebiet gefallen und die Mutter war durch übermäßiges Leid gestorben. Ich habe Arbeit gesucht. Man hat mir aber nur die schwerste und schmutzigste Arbeit gegeben, weil ich für Deutschland gearbeitet hatte. Mit größter Mühe fand ich dann aber doch eine Arbeit in einer Fabrik als Dreher. Dort arbeiteten deutsche Kriegsgefangene, bewacht von sowjetischen Soldaten. Einmal habe ich beim Vorbeigehen gefragt: „Wie geht`s?“ Dafür hat mich die Wache geschlagen. Ich habe zurückgeschlagen. Man nahm mich dafür fest.

Ich bekam 5 Jahre Gefängnis im Norden in der Stadt Kalimar. Dort arbeitete ich fleißig und musste deshalb nur 2 1/2 Jahre absitzen. Im Jahr 1950 kam ich wieder nach Hause zurück. Das, was ich vorfand, könnte ich nicht meinem schlimmsten Feind wünschen. Mit der Zeit vergaß ich meine „deutsche Vergangenheit“. Ich arbeitete in einer Fabrik und bildete mich abends im Technikum fort. Bald heiratete ich, bekam einen Sohn, der jetzt 48 Jahre alt ist.

Besatzungsherrschaft und Ausbeutung in der Ukraine:

Was ging der Zwangsarbeit voraus?
22.6.1941: Deutscher Überfall auf die SU: Bereits vor dem Angriff waren in den „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ vom Juni 1941 die wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Kriegsziele festgelegt worden, vor allem die Deckung des deutschen Fehlbedarfs an jährlich 3 Millionen Tonnen Getreide aus den besetzten Gebieten. Zur Realisierung des Plans errechneten die Experten in den Berliner Ministerien und bei der Wehrmacht die Notwendigkeit, die dortige Bevölkerung um 30 Millionen Menschen zu reduzieren. Als Lösung wurde von ihnen vorgeschlagen, einen Großteil der städtischen Bevölkerung als unnütze Esser einfach verhungern zu lassen.

1.7.1941: Ernennung eines „Reichsministers für die besetzten Ostgebiete“ und Bildung der „Reichskommissariate Ostland“ und „Ukraine“. In der Folgezeit rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Resourcen dieser Gebiete im Interesse der deutschen Kriegsführung und Industrie (sog. Ostgesellschaften).

30.6.1941:	Besetzung Lembergs
25.8.1941:	Besetzung Dnepropetrowsks
19. 9.1941:	Besetzung Kiews
25.10.1941	Besetzung Charkows
06.12.1941:	Angriff auf Moskau scheitert – Russische Gegenoffensive im Mittelabschnitt
Frühjahr 42:	Beginn des massenhaften Einsatzes von „Ostarbeitern“ im Reich
16.2.1943:	Rückeroberung Charkows/Gegenangriffe/22.8.1943 Befreiung
24.10.1943:	Rückeroberung Dnepropetrowsks
6.11.1943:	Rückeroberung Kiews
22.2.1944:	Rückeroberung Kriwoj Rog
9.5.1944:	Rückeroberung Sewastopols und der Krim
27.7.1944:	Rückeroberung Lembergs

- Ermordung von jüdischen Einwohnern durch Wehrmachtseinheiten und Spezialkommandos von SS und SD (Einsatzgruppen C und D).
- Kommissarbefehl vom 6.6.41: sofortige Erschießung gefangener Politischer Kommissare der Roten Armee.
- Außerkraftsetzung der Haager Landordnung (keine Anwendung für sowjetische Soldaten)
- Brutales Vorgehen gegen die Bevölkerung, wenn den Befehlen nicht Folge geleistet wurde. Bei Widerstand sofortige Geiselnahme und Ermordung (Erschießen oder Erhängen).
- Erzeugung von Nahrungsmittel-Mangel
- Systematisches Niederbrennen von Dörfern, Vertreibung der Bevölkerung, Schaffung von sog. „Toten Zonen“, Ausplünderung

Bilanz 1941 - 1944: Nach der Befreiung des Gebiets der heutigen Ukraine, hatte das Land zwischen fünf - acht Millionen Menschen verloren. Sie wurden während der deutschen Besatzung ermordet. Das ukrainische Judentum wurde nahezu völlig vernichtet, weite Teile des Landes wurden durch die Kampfhandlungen verwüstet und zerstört. ■

VVN-BdA verlangt Gerechtigkeit für alle Opfer von Nazi-Unrecht und faschistischer Gewalt

Deutsche Gerichte haben sich jüngst abermals gegen berechtigte Ansprüche ausländischer Opfer von hitlerfaschistischen Kriegsverbrechen oder ihrer Nachfahren ausgesprochen. Nicht genug, dass über drei Millionen sowjetische Kriegsgefangener umgebracht wurden – den Überlebenden, die in Nazideutschland Zwangsarbeit für ihre Feinde leisten mussten, wird keine Entschädigung gezahlt. So entschied das Berliner Oberverwaltungsgericht, als jetzt zwei Armenier Leistungen nach dem Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einforderten. Nicht genug, dass Zehntausende Angehörige europäischer Nationen Geiselmorden der Hitler-Wehrmacht und der Waffen-SS zum Opfer fielen – ihre Hinterbliebenen werden mit leeren Ausflüchten abgespeist. So wies vor wenigen Tagen der Bundesgerichtshof die Klage griechischer Bürger aus der Gemeinde Distomo auf Schadensersatz für den Mord an ihren Angehörigen bei einem Massaker ab, bei dem mindestens 218 schuldlose Zivilisten hingeschlachtet worden sind.

Besonders verwerflich ist, dass beiden Entscheidungen das damals geltende Recht, so wie die Nazis es auslegten und anwandten, zugrunde gelegt wurde. Im Nachhinein werden damit die Verbrechen von SS und Wehrmacht als gewissermaßen normale Kriegshandlungen dargestellt. Auch der Hinweis auf § 11 Abs. 3 des Stiftungsgesetzes kann im Fall der armenischen Bürger nicht als rechtserheblich gelten, da sein Wortlaut unseres Erachtens nicht dem Anspruch auf Entschädigung für geleistete Zwangsarbeit entgegengehalten werden kann.

Beide Entscheidungen belegen das in der Bundesrepublik fortdauernde Bestreben, sich der politisch-moralischen wie der materiellen Verantwortung für Nazi-Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu entziehen. Wir protestieren dagegen auf das entschiedenste. Wir verlangen Gerechtigkeit für alle Opfer von Nazi-Unrecht und faschistischer Gewalt.

Prof. Dr. Gerhard Fischer, Bundessprecher VVN-BdA ■

Die Lex Berlusconi und der Skandal in der EU

Vor dem Antritt der halbjährigen italienischen Ratspräsidentschaft hat Premier Silvio Berlusconi wieder einmal die Justiz manipuliert und durch seine Parlamentsmehrheit ein Immunitätsgesetz verabschieden lassen, das ihn während seiner Amtszeit als Regierungschef vor Ermittlungen und Strafverfolgung bewahrt. Um die Angelegenheit nicht nur auf sich zu beziehen, ließ er in das Strafverhinderungsgesetz auch den Staatschef, die Präsidenten von Senat und Abgeordnetenkammer und den Vorsitzenden des Verfassungsgerichts einbeziehen. Nach Meinung von Verfassungsrechtlern ist das Gesetz verfassungswidrig. Ob es zu einer entsprechenden Klage kommt, bleibt abzuwarten.

Auftritt im eigenen Sender

Der Europaabgeordnete der SPD und stellvertretende sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Martin Schulz nahm die Lex Berlusconi zum Anlass, diese Maßregelung der italienischen Justiz scharf zu kritisieren. Die Reaktion des frisch gekürten Ratspräsidenten ist bekannt. Seine Einladung an Schulz, in den derzeit laufenden Dreharbeiten zu einem KZ-Film in Italien die Rolle des „Kapo“ zu spielen, löste einen Proteststurm aus, wie man ihn in Straßburg noch nicht erlebt hat. Das lasse „ungute Erinnerungen an Italiens faschistische und imperialistische Vergangenheit aufkommen“, schrieb der Londoner „Independent“. Die regierungskritische Turiner „Stampa“ bezeichnete die Lex Berlusconi als Beweis dafür, dass Berlusconi „nicht berechtigt ist, Europa zu repräsentieren“.

Schulz agierte noch vergleichsweise zurückhaltend und beschränkte sich allgemein auf Andeutungen über die Defizite der italienischen Strafverfolgung. Auch in den diversen Presse-Berichten lotete man kaum tiefer aus. Der vorliegende Beitrag will dem etwas abhelfen.

Seit die Mailänder Staatsanwaltschaftsgruppe Mani Pulite (Saubere Hände)1992/93 in umfangreichem Maße Korruptionspraktiken höchster Politiker und Wirtschaftsmanager aufdeckte (die Ermittlungen erfassten rund 6.000 Personen) wurde Silvio Berlusconi in insgesamt 13 Verfahren der gleichen Praktiken, der Führung von Tarnfirmen, des illegalen Kapitaltransfers und zahlreicher weiterer Delikte beschuldigt. Er ist als Chef der Fininvest-Holding von rund 300 Unternehmen mit einem Betriebswert von 30 Milliarden Euro der reichste Kapitalist des Landes und steht mit rund 13 Milliarden Euro an 14. Stelle der Weltrangliste der Reichen. In mehreren Verfahren wurde er zu insgesamt über zehn Jahren Freiheitsstrafe und zehn Millionen DM verurteilt. In Revisionsprozessen setzten seine Anwälte die Aufhebung der Urteile durch. Trotzdem ermittelten mutige und der Wahrheit verpflichtete Juristen nach seinem Amtsantritt als Premier 2001 in fünf Verfahren weiter. Berlusconi hetzte gegen sie, diffamierte sie als „rote Richter“, die ein kommunistisches Regime installieren wollten, bezeichnete sie im typisch faschistischen Jargon als „Krebsgeschwür“, das man „ausrotten“ müsse.

5.000 Strafverfahren eingestellt

Um die Ermittlungen gegen sich zu verhindern, ließ er beispielsweise ein Rechtshilfeabkommen mit der Schweiz ändern, wonach Beweise aus der Eidgenosssenschaft, die dort gegen ihn vorliegen, nicht mehr zulässig sind oder ihre Einbringung erschwert wird. Bilanzfälschungen, deren er in großem Stil angeklagt wurde, werden nicht mehr strafrechtlich verfolgt oder fallen unter Verjährung. Allenfalls wird ein Bußgeld verhängt. Berlusconi profitiert ebenso von einem Dekret, das satte Steuerersparnisse auf reinvestierte Unternehmensgewinne gewährt. Wer seine Profite steuerfrei ins Ausland transferiert hat (Berlusconi soll Milliarden Euro außer Landes gebracht haben, wird von Strafverfolgung freigestellt, wenn er die Gelder nach Italien zurückbringt. Es wird lediglich eine lächerliche Steuer von 2,5 Prozent auferlegt, wenn die Gelder in staatlichen Schutzbriefen angelegt werden. Da keine Kontrolle der Herkunft der Gelder stattfindet, können auf diese Weise Schwarzgelder gewaschen werden, wovon auch die Mafia profitieren dürfte. Die Freisprüche für Berlusconi wurden vor allem mit seinen gegenwärtigen „gesellschaftlichen Lebensbedingungen“ und seiner „objektiv herausragenden Position“ begründet, was im Klartext so kommentiert wurde: „Einen Premier zerrt man nicht vor Gericht.“ Selbst die in solchen Fragen nicht gerade prüde „Financial Times“ schrieb, die nach dem Regierungsantritt erlassenen oder auf den Weg gebrachten Dekrete nützten überwiegend den persönlichen oder geschäftlichen Interessen Berluconis.

Die Strafverhinderungsgesetze nutzten auch Berlusconis Klientel. Sie bewirkten, dass rund 5.000 Strafverfahren, größtenteils einst im Ergebnis der Ermittlungen der Mani-pulite-Anwälte eingeleitet, eingestellt wurden. In Hunderten von Fällen handelt es sich dabei auch um Mafiaverbrechen, illegalen Waffenhandel, Drogengeschäfte und Bandenkriminalität. Zu einem Eklat mit Brüssel kam es bereits 2001, als der italienische Regierungschef allen Ernstes verlangte, aus den Vorschriften für den Erlass von EU-Haftbefehlen Verbrechen wie Korruption, Betrug und Geldwäsche zu streichen, um damit Ermittlungen von EU-Behörden gegen sich zu verhindern.

Der Mann der Putschistenloge P2

Berlusconis wirtschaftlicher und politischer Werdegang ist untrennbar mit dem Wirken der mit CIA, Mafia und Vatikan liierten Putschistenloge P2 verbunden, die das Ziel verfolgte, die verfassungsmäßige Ordnung Schritt für Schrift mittels eines kalten Staatsstreichs zu beseitigen und ein diktatorisches Regime faschistischer Prägung zu errichten. In der P2 hatte Berlusconi zusammen mit dem Altfaschisten und Logenchef Gelli und dem damaligen Sozialisten-Chef Craxi (der Mitte der 90er Jahre zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und nach Tunis floh, wo er 2001 starb) im sogenannten Dreigestirn die Spitzenpositionen inne. Die Publizisten Giovanni Ruggeri und Mario Guarino haben in ihrem Buch „Berlusconi – Showmaster der Macht“ (Deutsch bei Gatza) beweiskräftig nachgewiesen, dass er nicht als „Tellerwäscher“, als der er sich gern vorstellt, emporstieg, sondern die Logenbrüder die

entscheidende Rolle für seine Unternehmerkarriere spielten, „allen voran die Bankiers der P2“, die ihm „Unterstützung und Finanzierungshilfen, die weit über jede Kreditwürdigkeit hinausgehen“, verschafften. Als Berlusconi versuchte, seine P2-Mitgliedschaft zu leugnen, dann zu verharmlosen, wurde er wegen falscher Zeugenaussage verurteilt.

P2-Gelder für Berlusconis Medienimperium

Die P2 lenkte auch Berlusconis Karriere vor allem in den Bereich der Massenmedien. Dementsprechend stieg er groß ins Fernsehgeschäft ein. Mit den Geldern der P2 machte er über Nacht aus dem kleine „Telemilano“ das landesweite TV-Netz „Canale 5“, kaufte danach die größten Konkurrenten „Rete 4“ und Italia 1“ auf und besitzt damit bis heute in den entscheidenden Bereichen in Italien das private Fernsehmonopol. Als Regierungschef kontrolliert er auch die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI. Zum italienischen Medienimperium Berlusconis gehören noch fast die Hälfte aller italienischen Presseerzeugnisse, darunter die Montadori-Gruppe, nach Bertelsmann der größte europäische Medienverbund, und der einflussreiche Rizoli-Verlag. Ferner Cinema 5, die größte Kino-Kette des Landes, Musik- und Video-Produktionsgesellschaften und der Werbekonzern Pubitalia. Der Medienbeherrscher ist Besitzer des Fußballclubs AC Milan, Organisator der Radtour Giro d’Italia, Herr über Rugby-, Hockey- und Volleyball-Mannschaften und mit 80 Prozent Anteilen Mäzen des Mailänder Teatro Manzoni. Damit übt er, wie die Zeitung der Linksdemokraten „Unita“ kürzlich schrieb, eine komplette Mediendiktatur aus.

Nach Meinung nicht nur von Ruggeri/Guarino, sondern auch weiterer Kenner der Lage in Italien ist auch Berlusconis Forzapartei ein Produkt, das von der P2 programmiert wurde. Bei ihrem Aufbau diente ihm die 1945 von Mussolinifaschisten geschaffene und sich als parteiunabhängig darstellende Uòmo Qualunque (Jedermann), der Vorläufer der MSI, der heutigen AN, als Modell. Norberto Bobbio, einer der angesehensten liberalen Philosophen Italiens, verwies darauf, dass der Forza jegliche „demokratischen Merkmale“ und eine „Transparenz der Macht“ fehlen. Der Mailänder Rechtswissenschaftler Mario G. Losano charakterisierte die Forza als eine autoritäre Führerpartei. Berlusconi sei der Alleinherrscher und die FI „die Bewegung, die den Autokraten flankiert“.

Indro Montanelli sah in Berlusconi einen neuen Mussolini

Abgesehen davon, dass der politische Charakter der von Berlusconi angeführten Allianz maßgeblich von der Zugehörigkeit der AN, die sich unverändert zu Mussolini und dessen faschistischem Erbe bekennt, und in bestimmtem Maße von der rassistischen Lega Nord charakterisiert wird, zeigen sich bei der FI und ihrem Führer selbst Erscheinungen der Faschisierung, faschistoide Methoden in Politik und Ideologie sowie eine diktatorische und autoritäre Praxis. Das wird unter anderem durch die Rolle belegt, die sein Medienimperium in seinen autoritären Plänen spielt. Losano hebt die faschistoiden Züge der Mediendiktatur hervor und nennt sie eine „Medien-Agora“, die „Erbin der ‚ozeanischen Versammlungen‘ der Mussolinizeit“. Er verweist darauf, dass der Medientycoon nicht nur in den Teilnehmerzahlen, sondern auch in der Beeinflussung der Massen Mussolini bei weitem übertrifft.

Da die Einschätzungen zum faschistoiden Charakter Berlusconis von bestimmten Ideologen gern als linke Übertreibungen, wenn nicht gar Erfindungen hingestellt werden, sei noch jemand zitiert, der über einen solchen Verdacht völlig erhaben ist. Die Rede ist von dem 2001 verstorbenen Doyen des italienischen Journalismus, Indro Montanelli. Der konservative Kolumnist des Mailänder „Corriere della Sera“ sah Berlusconi, zu dessen politischem Weltbild die Bewunderung für Hitler wegen seines „heldenhaften Versuchs, Europa vor dem sowjetischen Imperialismus zu retten“ gehört, durchaus in einem Faschisierungsrahmen. Er bejahte die Frage, ob Berlusconi „der neue Mussolini“ sein könnte. Er charakterisierte den Mediendiktator, dem er in dessen Hausblatt „Giornale nuovo“ die Mitarbeit aufgekündigt hatte, als „nationalistischen Einpeitscher“, als „eine Art lächelnder Diktator.“ Montanellis Einschätzung erhielt nahezu sprichwörtliche Bedeutung, als sich Berlusconi nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington mit seinen unflätigen Angriffen auf den Islam als nationalistischer Einpeitscher an die Seite der von Bush verkündeten weltweiten Aggressionspolitik stellte.

Die Charakterisierung der Regierung unter Berlusconi wäre unvollständig, ohne zu erwähnen, dass es mit ihm zur Personalunion zwischen der stärksten Holding des italienischen Kapitals und der politischen Exekutive kam. Die parlamentarische Hülle wird in Italien weitgehend zur Makulatur.

Quo vadis EU?

Dieser Mann steht für das nächste halbe Jahr an der Spitze des EU-Rates. In Straßburg und Brüssel hat man die letzten zwei Jahre tatenlos zugesehen, dass in Rom eine profaschistische Koalition unter einem demokratischen Mäntelchen, das kaum ihren wahren Charakter verhüllt, regieren konnte. Nicht zufällig hat Berlusconi im Rahmen seiner Amtsantrittsrede sich an die Seite von Blair und Aznar gestellt, einen proamerikanischen Kurs der EU verkündet und sich anschließend zu Bush begeben. Als nächstes gab er in Italien eine Verfassungsreform zur Errichtung eines Präsidialregimes bekannt. Über 80 der 84 Artikel der Verfassung sollen gestrichen oder abgeändert werden, darunter alle mit Bezug auf antifaschistische Grundlagen. Das bedürfte nach Verfassungsgrundsätzen der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Die rechtsextreme Allianz plant jedoch, eine neue Verfassung Artikel für Artikel für ein Präsidialregime zurecht zu schustern. Nach Meinung des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts, Ettore Pace, käme das einem „Staatsstreich „gleich.

Gerhard Feldbauer ■

Mahnmal für die homosexuellen Opfer des NS-Regimes in Köln

Homosexuelle NS-Opfer geehrt

Berlin. Die Regierungskoalition will in Berlin ein Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen errichten. Sie brachte einen entsprechenden Antrag in den Bundestag ein, teilten die Abgeordneten Volker Beck (Grüne) und Johannes Kahrs (SPD) gestern mit.

Das Projekt war bereits im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart worden. Das Denkmal soll am südöstlichen Rand des Tiergartens aufgestellt werden. Für die Gestaltung wird ein Wettbewerb ausgeschrieben. Mit dem Mahnmal soll sowohl der Opfer des Nationalsozialismus gedacht werden als auch ein Zeichen gegen die Ausgrenzung von Schwulen und Lesben gesetzt werden.

nach taz, 3.7.03 - kun ■

NRW schiebt Flüchtling ab

Köln. Am 18.7. wurde durch das Land NRW ein traumatisierter und suizidgefährdeter Flüchtling in die DR Kongo abgeschoben. Der Kölner Flüchtlingsrat hatte im Vorfeld protestiert und fordert jetzt das Innenministerium auf, die Umstände der Abschiebung dringend zu klären.

Nach Auffassung des Flüchtlingsrats hätte der Flüchtling aus rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden dürfen. Herr M. leidet nach einer psychiatrisch-fachärztlichen Stellungnahme der Rheinischen Landesklinik Köln-Merheim unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung aufgrund traumatischer Ereignisse im Heimatland Kongo mit depressiver Symptomatik sowie einer emotional-instabilen Persönlichkeitsstörung bis hin zur Ankündigung von Suizid. Nach diesen Krankheitsbildern hat aus der Sicht des Flüchtlingsrates ein sogenanntes Vollstreckungshindernis vorgelegen. Die Abschiebung hätte ausgesetzt werden müssen. Nach Kenntnis des Flüchtlingsrates war die ärztliche Stellungnahme zumindest der Bezirksregierung Düsseldorf und dem BGS bekannt. Offenbar hat sie niemanden interessiert.

Herr M. floh 1993 noch unter dem Mobutu-Regime in die BRD und stellte – erfolglos – einen Asylantrag und Asylfolgeanträge. Er war Mitglied einer Band gewesen, die in ihren Songs offen Kritik an Mobutu und seinem Regierungssystem übte. Viele andere Bandmitglieder sind nach Aussage von Herrn M. umgebracht worden oder verschwunden. Auch seine Eltern und Verwandten seien tot, er habe in der DR Kongo keinen Menschen mehr. Herr M. befand sich seit rund 12 Monaten in der JVA Ossendorf in Abschiebungshaft und erkrankte während der Haft schwer. Mehrere Wochen musste er in der Rheinischen Landesklinik Köln-Merheim stationär behandelt werden. Er benötigt psychiatrisch-fachärztliche Betreuung, die in der DR Kongo nicht gewährleistet ist und für Herrn M. unerschwinglich sein wird.

PM Flüchtlingsrat Köln ■

Preis für Gemeinheit

Thüringen. Auch in diesem Jahr will der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. den Preis für die größtmögliche Gemeinheit verleihen. Der Preis wird im Jahr 2003 zum vierten Mal vergeben. Der Preis für die größtmögliche Gemeinheit wird alljährlich an Behörden oder Institutionen verliehen, die herausragende Anstrengungen bei der Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen unternommen haben. Besonders gewürdigt werden dabei vorauseilender Gehorsam, die exzessive Verletzung von Persönlichkeitsrechten sowie außergewöhnliche Bemühungen, die (rechtliche) Lage von Flüchtlingen in Thüringen weiter zu verschlechtern.

In der Vergangenheit ging der Preis im Jahr 2000 an die Ausländerbehörde des Eichsfeldkreises wegen einer unerlaubten Datenübertragung zur negativen Beeinflussung des Asylverfahrens beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Jena. .Im Jahr 2001 an das Sozialamt Greiz für die Verweigerung von Unterarmprothesen für Arsen Gasparjan, einen tschetschenischen jungen Flüchtling. Trotz verschiedener Rechtsmittel wollte die Ausländerbehörde in Zusammenarbeit mit dem Amtsarzt des Landkreises Greiz die Unterarmprothesen nicht genehmigen, obwohl Fachärzte zuvor vor den Folgen einer fehlenden Prothesenversorgung gewarnt hatten.

Im Jahr 2002 wurde der Preis gedrittelt. Zu je einem Drittel erhielt ihn die Ausländerbehörde des Wartburgkreises Bad Salzungen, die Staatsanwaltschaft Mühlhausen und das Amtsgericht Eisenach wegen der Verhängung einer Geldstrafe in Höhe von 2400 Euro gegen einen sierra-leonischen Flüchtling wegen des mehrfachen unerlaubten Verlassens des Landkreises. Bereits im vergangenen Jahr haben verschiedene Personen, Initiativen etc. Vorschläge für den Preis eingereicht. Wir würden uns freuen, aus allen Ecken des Freistaates von Aktiven und Interessierten Vorschläge für einen „Preis für die größtmögliche Gemeinheit 2003“ bis zum 20. September 2003 zu erhalten. Eine Jury wird unter den eingereichten Vorschlägen den diesjährigen Preisträger auswählen. Als Einreichende/r erteilt man mit der Einreichung die Zustimmung zur Veröffentlichung – auch wenn der Vorschlag nicht zum Preisträger gekürt wird.

Wir freuen uns auf Eure/Ihre Einsendung: info@fluechtlingsrat-thr.de ■

Konsequenzen aus der Studie „Menschen in der Illegalität in München“

Der Migrationsforscher Philip Anderson recherchierte zwei Jahre lang die Situation von Illegalen in München. Auf der Grundlage seiner Forschungsergebnisse brachte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nun folgenden Antrag ein:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die in der Studie „Menschen in der Illegalität in München“ enthaltenen Empfehlungen und Überlegungen, (S. 131 ff), wie die Situation von Menschen mit ungesichertem oder illegalem Aufenthaltsstatus im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten verbessert werden könnte, werden von seiten der Verwaltung bewertet. Ziel der Bewertung soll es sein, den Handlungsrahmen für die Stadt München auszuloten und – soweit vorhanden – zugunsten der Lebenssituation der illegalen MigrantInnen auszunutzen. Hierbei sind alle (!) Empfehlungen und Vorschläge von seiten der Verwaltung zu bewerten und Handlungsvorschläge zu unterbreiten. Besonders zu bearbeiten sind folgende Fragestellungen:

– wie kann das Recht auf Bildung von Kindern ohne Aufenthaltstitel umgesetzt werden? (Schlussfolgerung 13.7, S. 126, Empfehlung 14.2, S. 133)

– wie kann das Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung für Kinder Illegaler umgesetzt werden? (Schlussfolgerung 13.7, S. 125, Empfehlung 14.1. C, S. 132)

– wie kann Frauen ohne Aufenthaltstitel eine Möglichkeit zu Hilfestellungen bei Schwangerschaft und Entbindung zukommen? (Schlussfolgerung 13. 6, S. 124; Empfehlung 14.1, C, S. 132)

– wie kann Rechtssicherheit für MitarbeiterInnen von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Beratungsdiensten etc. hergestellt werden, damit sie sich nicht strafbar machen, wenn sie von der Illegalität einer Person erfahren und diese nicht melden. (z. B.: Schlussfolgerung 13.7, S. 126, oder 13.10 S. 129)

2. Mit der Münchner Polizei sollen Gespräche geführt werden, in welchem Rahmen sie bereit ist zu tolerieren, dass Anlaufstellen für MigrantInnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus entstehen – potentielle BesucherInnen einer solchen Anlaufstelle also nicht mit einer Festnahme beim Betreten/Verlassen des Gebäudes rechnen müssen. Hierbei ist auch darzustellen, wie andere Großstädte, bzw. die Polizeibehörden mit Beratungsstellen für Menschen mit Illegalen verfahren.

3. Die Landeshauptstadt München tritt an die Bundesregierung heran mit der Forderung nach großzügigen Altfall- und Härtefallregelungen um zu erreichen, dass die Zahl der Menschen die in die Illegalität gehen geringer wird.

4. Die Landeshauptstadt München tritt an die Bundesregierung heran, mit der Forderung nach einer Legalisierungskampagne, die Menschen ohne Aufenthaltsstatus, die nachweisen können seit fünf Jahren in Deutschland zu leben, sich selbständig versorgen zu können und keine Straftaten begangen zu haben, zu einem legalen Aufenthaltstitel zu verhelfen. Als Vorbild sollten die Legalisierungsbeschlüsse fast aller anderen europäischen Länder sowie der USA herangezogen werden.

Begründung: Niemand bestreitet, dass Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten eine Straftat begehen.

Deswegen gibt es entsprechende ordnungsrechtliche, ausländerrechtliche und polizeiliche Maßnahmen um illegale MigrantInnen festzustellen. Gleichzeitig ist aber spätestens durch die Studie „Illegal in München“ deutlich geworden, dass die Problematik der Menschen ohne legalen Aufenthalt ordnungsrechtlich nicht in den Griff zu bekommen ist. Trotz der Zahl von ca. 4.000 Festnahmen pro Jahr in München aufgrund illegalen Aufenthalts nimmt die Zahl der Illegalen in München nicht ab. Gleichzeitig hat die Studie gezeigt, dass der größte Teil der illegal in München lebenden Menschen sich – außer der Tatsache ihres illegalen Status´– gesetzeskonform verhalten, um nicht aufzufallen. Ihr Hauptziel ist es, in München zu leben und zu arbeiten und oft auch, die Familie im Heimatland zu unterstützen. Deutlich wurde auch, dass die Dienstleistungsstadt München in fast allen Bereichen auf die Arbeit von Illegalen angewiesen ist, um möglichst billige Preise für Dienstleistungen anbieten zu können.

In dieser Situation der Doppelmoral leben 30.000 – 50.000 Menschen illegal in dieser Stadt. Problematisch wird es für die illegalen MigrantInnen dann, wenn sie erkranken, einen Unfall haben, öffentliche Behörden kontaktieren, ihre Kinder in die Schule, den Kindergarten, den Hort, die Kinderkrippe schicken, wenn Frauen schwanger werden oder in der Illegalität entbinden müssen.

Die Studie hat deutlich herausgearbeitet, dass sich dann zwei Herangehensweisen gegenüberstehen: die rein ordnungsrechtliche, die eine Hilfestellung von öffentlicher Seite immer mit der Abschiebungsdrohung verbindet, also einen Zusammenbruch der aufgebauten Existenz bedeute und auf der anderen Seite die Tatsache, dass Menschenrechte auf ärztliche Hilfe, auf Bildung für Kinder, auf Hilfe bei Schwangerschaft und Geburt etc. auch für Menschen mit illegalen Status gelten. ... In dieser Situation kann die Stadt München ihre Augen nicht verschließen. Die Empfehlungen der Studie von Philipp Anderson eröffnen Handlungsräume, die genutzt werden sollten, wenn Illegalen in München in einem Mindestmaß geholfen werden soll. Dies kann nur in einem pragmatischen Ansatz geschehen, der davon ausgeht, dass trotz der Illegalität des Status Hilfe notwendig ist, die nicht verweigert werden darf. Es ist klar, dass dies nur in begrenztem Rahmen möglich ist. Eine wirkliche Veränderung für Illegale kann es selbstverständlich nur geben, wenn die Zuwanderung endlich gesetzlich geregelt und ermöglicht wird, wenn es weitreichende Altfall- und Härtefallregelungen für AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge gibt und eine Legalisierungskampagne wie in den meisten anderen westlichen Ländern durchgeführt wird.

Solidarität mit den gefangenen Flüchtlingen in Rottenburg

Am Sonntag den 29. Juni 2003 demonstrierten in Rottenburg am Neckar ca. 200 Menschen gegen das dortige Abschiebegefängnis und gleichzeitig auch für die sofortige Freilassung von Donny Ohio aus Nigeria. Donny Ohio wurde am 5. Juni 2003 in Tuttlingen verhaftet und in die Justizvollzugsanstalt Rottenburg eingeliefert. Seit diesem Tag befindet sich Donny im Hungerstreik. Er wurde am Tag der Demonstration in das Knastkrankenhaus nach Hohenasperg verlegt. Das zuständige Regierungspräsidium Freiburg verweigert Donnys Freilassung, obwohl er tags zuvor einen Asylfolgeantrag gestellt hatte.

Die JVA Rottenburg verfügt über mehr als 620 Haftplätze und ist somit der drittgrößte Knast im Land Baden-Württemberg. „Zusammen mit der Abschiebehaft, den Freigängern, der Außenstelle Tübingen sowie der in Maßhalterbuch für den offenen Vollzug hat die JVA Rottenburg laut Direktor Malik sogar über 800 Plätze“ so das Rottenburger Tagblatt vom 22. November 2002.

Auszug aus einem Gespräch mit Donny am 1. Juli, als er zurück ins Abschiebegefängnis Rottenburg gebracht wurde:

„Am Donnerstag (26.6.) erschrak ich, als sie mich in das schreckliche Gefängnishospital in Hohenasperg brachten ... Anstatt freigelassen zu werden, wurde ich gewaltsam nach Hohenasperg gebracht und in eine spezielle Zelle mit Überwachungskamera eingesperrt ... Ich wusste, dass die Autoritäten entschlossen waren, meinen Hungerstreik zu beenden. Seit dem ersten Tag meines Hungerstreiks haben sie im Abschiebegefängnis Rottenburg auf verschiedene Weise Druck ausgeübt. So hat ein Arzt, als ich mich auch nach mehreren Tagen geweigert hatte, meinen Hungerstreik zu beenden, Männer angewiesen mich auf eine Waage zu zwingen und mich dann darüber informiert, dass mein Gewicht sogar gestiegen sei. Die Feindseligkeiten von Seiten der Autoritäten gingen täglich weiter und ihre Wut auf mich steigerte sich, als klar wurde, dass ich meinen Hungerstreik nicht beenden werde. Nun war ich in einem schrecklichen Gefängnishospital in dieser Spezialzelle mit diesem Mann – ohne jede Möglichkeit meine Unterstützer zu kontaktieren ... Die Botschaft war klar: Sie werden meinen Hungerstreik auf die eine oder andere Weise beenden. Ich habe 24 Stunden darüber nachgedacht. Ich war mental darauf eingestellt meinen Hungerstreik bis zum Schluss fortzusetzen – das war meine Entscheidung. Ich wusste, dass ich schwächer wurde – aber das hatte ich unter Kontrolle – damit konnte ich umgehen. Aber jetzt hatte sich die Situation geändert. Sie ängstigten mich eindeutig damit, mich unter Drogeneinfluss zu stellen – aus mir einen Rauschgiftsüchtigen zu machen – wobei ich jede Kontrolle darüber verloren hätte, für mich selber zu entscheiden. Darauf war ich nicht vorbereitet. Ich hatte keine Möglichkeit, meine Genossen zu kontaktieren – ich war isoliert. ... So habe ich am Freitag, als die Autoritäten nach Hohenasperg kamen und mich informierten, dass sie mir Blut abnehmen würden, gedacht, dass sie, wenn sie jetzt ohne mein Einverständnis mein Blut nehmen können, auch ohne mein Einverständnis etwas in meine Blutbahn spritzen können. Daraufhin habe ich beschlossen, den Autoritäten zu sagen, dass ich meinen Hungerstreik beenden werde. Nach 23 Tagen habe ich deshalb wieder zu essen begonnen. Ich hoffe alle meine GenossInnen können meine Entscheidung verstehen.

Nun bin ich vom Regen in die Traufe geraten. Ich muss nun mit bedenken, dass sie mich u.U. erneut nach Hohenasperg schicken, wenn ich den Hungerstreik wieder aufnehme. Ich danke euch allen für eure Unterstützung und hoffe, dass ihr in dem Kampf weiterkämpft, wie ich ihn von hier drinnen mit Sicherheit weiterkämpfen werde.“ *was* ■

Eifersuchtstat – ein konstruierter Mord
Ein Buch über den blutigen Machtkampf der Rechts-Logen im Vatikan

Von Thomas Klaus

Am Abend des 4. Mai 1998 wurden im Kasernengebäude der Schweizergarde im Vatikan drei Leichen entdeckt. In der Dienstwohnung des soeben neu ernannten Kommandanten der päpstlichen Garde lag eben dieser hohe Offizier, Alois Estermann, in seinem Blut. Außerdem wurden seine Ehefrau Gladys Meza Romero und der Schweizergardist Cédric Tornay erschossen aufgefunden. So klar, wie sich der Fall nach der offiziellen Lesart des Vatikan-Staates darstellt, ist er aus Sicht der anonym bleibenden Autoren des Buches „Ihr habt getötet – Der Machtkampf der Logen im Vatikan – " jedoch nicht. Sie gehen nicht von einem Eifersuchtsdrama aus, sondern von politischen Hintergründen, die zum einen zu der rechtsgerichteten Loge Opus Dei und zum anderen zu der berüchtigten Freimaurerloge P2 führen.

In dem Werk werden zahlreiche Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit den Mordermittlungen behandelt. Beispiel: Die italienischen Polizeibehörden werden über das Blutbad noch nicht einmal informiert, obwohl eine enge Zusammenarbeit zwischen dem „Sicherheitsapparat" des Vatikans und den Ordnungsbehörden in Rom üblich ist – und ein Mord in dem kleinsten Staat der Erde mit lediglich 500 Einwohnern so gut wie nie vorkommt. Der Tatort wird in keinster Weise gesichert. Dort herrscht ein reges Kommen und Gehen, so dass viele Spuren verwischt werden; auch die Tatortfotos verschwinden. Bei der Bergung der Toten und ihrer Überführung werden dem 244-seitigen Buch zufolge ebenfalls fundamentale Fehler begangen. Zum Beispiel tragen die Helfer keine Handschuhe und die Leichen werden nicht in Plastikhüllen eingewickelt.

Noch vor der Obduktion, vor der Spurenauswertung am Tatort, den ballistischen Untersuchungen und den Zeugenbefragungen verbreitet der Heilige Stuhl eine „Wahrheit". Sie stützt sich auf eine so genannte „moralische Gewissheit", wonach Cédric Tornay das Ehepaar Estermann in einem Anfall von Wahnsinn erschossen und anschließend Selbstmord begangen habe. Somit wurde der Fall abgeschlossen, ehe er eröffnet werden konnte.

Die Behauptung von der Wahnsinnstat versuchte der Sprecher des Heiligen Stuhls durch einen Abschiedsbrief zu belegen, den Tornay anderthalb Stunden vor der Tat einem Kameraden übergeben habe. Dabei schien dem Vatikan-Sprachrohr allerdings nicht aufgefallen zu sein, dass ein solcher Abschiedsbrief im Widerspruch zu einem Amoklauf stehen und einen Vorsatz unterstreichen würde.

Im Übrigen wird die Authentizität des Abschiedsbriefes von Cédrics Mutter vehement bestritten. Die Handschrift erinnere nur entfernt an die von Cédric, behauptet sie und erhielt durch ein graphologisches Gutachten Recht. Zur Begründung für ihre Position verweist die Mutter unter anderem darauf, dass Tornay seine beiden Schwestern erwähnt habe, nicht jedoch die beiden von ihm besonders geliebten Brüder aus der zweiten Ehe – von deren Existenz im Vatikan angeblich niemand etwas gewusst hat.

An der Rekonstruktion des Tathergangs durch den Heiligen Stuhl zweifeln auch Experten vom Schlage eines Professors Vincenzo Mastronardi. Der Dozent für forensische Psychopathologie an der medizinischen Fakultät der Universität La Sapienza in Rom wird in dem Buch folgendermaßen zitiert: „Ich glaube, dass man sich beim aktuellen Stand der Dinge zu Recht fragen darf, ob tatsächlich der Vizekorporal die Schüsse abgegeben hat."

Sonderbar wirkt gleichermaßen die Darstellung der vatikanischen Gerichtsbarkeit, wonach Elstermann im Moment der Schießerei ein Telefonat geführt hatte. Dieser Ohrenzeuge sagte nichts über Hilferufe von Frau Elstermann aus, die somit der Tötung ihres Mannes – und ihrer eigenen – beigewohnt hätte, ohne einen Laut von sich zu geben.

Ein Aspekt rüttelt laut „Ihr habt getötet" am heftigsten an der Theorie vom Eifersuchtsdrama: „Der Einwand, der die offizielle Wahrheit am gründlichsten unterminiert, ist der Umstand, dass niemand die fünf lauten Schüsse gehört hat, die nach Vatikanberichten aus der großkalibrigen Pistole abgegeben wurden, der Waffe, die man schließlich unter Tornays Leiche gefunden habe. Aus dieser Armeepistole soll in einer kleinen Wohnung (deren Tür offen stand) in einem engen dreistöckigen Gebäude fünfmal geschossen worden sein, ohne dass irgendwer innerhalb oder außerhalb des Gebäudes die Detonationen vernommen hat? Und zwar zu einer stillen Abendstunde?"

Hinter der Bluttat vermuten die Autoren des Buches – nach Verlagsangaben Beschäftigte des Kirchenstaates – einen ganz anderen Hintergrund als den offiziell lancierten: Estermann hatte den Auftrag, die päpstliche Garde in ein Spezialkorps zu verwandeln, das dem Opus Dei nahe gestanden hätte. Seine starken Sympathien für das Opus Dei werden von Pater Roland Trauffer, Sekretär der Schweizer Bischofskonferenz, bestätigt. Dem Buch zufolge pflegte Alois Estermann darüber hinaus enge Kontakte zur rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und zu einer paramilitärischen Gruppe von Rechtsextremisten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. „Die Kampfzelle", heißt es in „Ihr habt getötet", „verfügte über einen Sitz in Liechtenstein und soll, wie man im Vatikan munkelte, in Lateinamerika ein Trainingscamp unterhalten haben, um das Estermann sich persönlich kümmerte."

Auch Gladys Estermann war keine „brave Hausfrau". Sie verwaltete die Gelder der World Organization for the Family (WOF), einer Opus-Dei-nahen Einrichtung unter dem Vorsitz von Cristina Vollmer Herrera. Der Ehemann von Frau Herrera ist der Botschafter Venezuelas am Heiligen Stuhl. Darüber hinaus engagierte sich Gladys Estermann für den Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM), einer Psychosekte mit Verbindungen in das ultrarechte Lager. Ihre Aktivitäten zu Gunsten des VPM führten so weit, dass Mitte der neunziger Jahre sogar eine Protestnote beim Heiligen Stuhl eingereicht wurde.

Der Papst soll das Projekt der Umrüstung der Schweizergarde zwar abgesegnet haben. Aber innerhalb des Zwergstaates kam es dennoch zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Menschen und Fraktionen, die dem Opus Dei verbunden sind, und solchen, die die konkurrierende Logenseilschaft – ein Ableger der Loge P2 – unterstützen. Durch den Tod von Estermann wurde dem Projekt der Umrüstung der Schweizergarde der Kopf abgeschlagen; Tornay war in diesem Zusammenhang angeblich lediglich ein Bauernopfer.

Discepoli di Veritá (Herausgeber), Ihr habt getötet – Der Machtkampf der Logen im Vatikan. Aufbau-Verlag (Berlin), 244 Seiten, ISBN 3-351-02551-3, 16,90 Euro

Senat streicht Zuschüsse – Geschichtswerkstätten vor der Schließung

Hamburg. Entstanden aus der Oral-History-Bewegung der Geschichtswissenschaften wurde 1978 in Altona die erste Geschichtswerkstatt mit dem Ziel gegründet, Alltagsgeschichte und -erfahrungen lebendig zu halten und damit eine Ergänzung bzw. ein Gegengewicht zum offiziellen historischen Forschungsbetrieb zu bilden.

Heute gibt es in Hamburg (noch) 14 Geschichtswerkstätten, und zwar in Barmbek, Bergedorf, Bramfeld, Dulsberg, Eimsbüttel, Eppendorf, Fuhlsbüttel (Willi-Bredel-Gesellschaft), Hamm, Jarrestadt-Archiv, Jenfeld-Museum, Ottensen, St.Georg, St-Pauli-Archiv und Wilhelmsburg. Mit Ausstellungen, Rundgängen, Zeitzeugen-Interviews, Veranstaltungen, „Erzählcafés“, Stadtteilbüchern u.ä. sowie umfangreichen Archiven mit Fotos, Plakaten, Flugblättern und vieles mehr dokumentieren sie das Leben und die Geschichte ihrer Stadtteile im 19. und 20. Jahrhundert.

Alle Geschichtswerkstätten kooperieren eng mit den Schulen, den Hochschulen, den Museen, Vereinen und Stadtteilinitiativen. Sie stellen Materialien bereit und werden jährlich von Zehntausenden Bewohnerinnen und Bewohnern sowohl als schulische als auch außerschulische Bildungsstätten genutzt. Viele Studierende, insbesondere aus den Fachbereichen Stadtplanung und Architektur, besuchen die Archive.

Geht es nach dem Willen des CDU-Schill-FDP-Senats, ist damit und auch mit den oben beschriebenen Projekten Ende des Jahres Schluss. Die Kulturbehörde hat den Geschichtswerkstätten ab 2004 sämtliche Zuschüsse – insgesamt 540.000 Euro -–gestrichen, was ihre Schließung bedeutet. Die ehemalige Journalistin des Springer-Blattes „Bild“ und jetzige Kultursenatorin Dana Horáková, die bekanntlich eine Kulturpolitik mit viel Kommerz und Events nach Möbelpoliturart („wir brauchen den Glanz“) favorisiert, will die Streichung, „um nicht andere Einrichtungen durch pauschale Kürzungen zu gefährden“. Die Werkstätten fordert sie auf, für ihr Überleben selbst zu sorgen: „Eventuell ist auch eine noch stärkere ehrenamtliche Tätigkeit denkbar, die die Geschichtswerkstätten jetzt in eigener Verantwortung prüfen sollten.“

Diese rotzfreche Aufforderung hat die Betroffenen besonders empört. Die Werkstätten haben insgesamt nur 12 hauptamtliche, aber über 200 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit der Schließung ist deren engagierte Arbeit zerstört. Und selbst wenn – was nicht zu leisten ist – die Werkstätten nur von Ehrenamtlichen betrieben werden würden, ohne die Zuschüsse können die Mieten, die Publikationen und die sonstigen Aufwendungen nicht mehr bezahlt werden.

Die Kulturbehörde begründet die Streichung der Zuschüsse für die Geschichtswerkstätten mit „den knappen Kassen“. Aber um Geld geht es dabei nicht.

Mit der Streichung und der daraus folgenden Schließung will der Senat, wie schon zuvor bei anderen Einrichtungen, eine politisch unliebsame Institution wegsparen. Denn während wegen eines vergleichsweise lächerlichen Betrages das „soziale Gedächtnis“ von 14 Stadtteilen vernichtet wird, stellt die Kulturbehörde dem ehemaligen Springer-Vorstandvorsitzenden Peter Tamm als Anschubfinanzierung für ein neues Haus seines privaten Marine- und Militariamuseums im nächsten und im übernächsten Jahr insgesamt 30 Millionen Euro zur Verfügung. Über den Charakter der kriegsverherrlichenden Tamm-Sammlung schreibt „Die Zeit“: „hakenkreuzübersäte Großadmiralsstäbe, mittelmäßige Schlachtengemälde und eine unübersehbare Flotte von (Kriegs-) Schiffsmodellen“. *bab* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Osterweiterung

Viele Kontinuitäten weist die deutsche Politik auf, alte Traditionen, die weder 1918 noch 1945 wirklich gebrochen wurden. Einen wichtigen Unterschied zu früheren Phasen der Expansion gibt es allerdings – noch – : Militärische Aggressionen gegen die östlichen Nachbarstaaten sind derzeit nicht möglich, der deutsche Vormarsch - der sich in der Debatte über die Umsiedlung der Deutschen und speziell über die „Benes-Dekrete“ widerspiegelt - muss sich hier weitgehend auf die geballte Macht der deutschen Wirtschaft stützen. Deren Einfluss in Osteuropa lässt sich in „Osterweiterung“, dem neuen Buch von Hannes Hofbauer, erkennen.

Hofbauer beschreibt die wirtschaftliche und soziale Lage in den osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten deutlich und ungeschönt. Weite Teile der osteuropäischen Industrie sind schon jetzt in westlichem Besitz, oft bestreiten einzelne in ausländischem (häufig deutschem) Besitz befindliche Konzerne einen maßgeblichen Teil der Außenwirtschaft. Die von VW übernommenen Skoda-Werke etwa sorgen für 10 Prozent des gesamten tschechischen Exports, das VW-Werk in Bratislava bestimmt den slowakischen Außenhandel zu fast 25 Prozent. Die soziale Lage ist katastrophal, Besserung ist nicht in Sicht.

„Osterweiterung“, das neben einem allgemeinen Überblick über den desaströsen Umbau der osteuropäischen Nationalökonomien detaillierte Einzeldarstellungen über die betroffenen Länder bietet, skizziert in einem knappen Rückblick mehrere europäische „Einigungs“-Versuche vom napoleonischen Frankreich bis zur EU – einschließlich der deutschen Expansionsbestrebungen seit 1871. „Ein Bruch nach 1945“, so Hofbauer, „fand weder personell noch inhaltlich statt. ... Das können auch aktuelle Interpretationen nationalsozialistischer Erweiterungspläne nicht kaschieren, die im Angesicht des seit 1989/1991 stattfindenden Vormarsches deutsch-europäischer Unternehmer und Militärs Richtung Osten eine klare Distanz zur NS-Aggression schaffen wollen“.

Jörg Kronauer ■

Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien 2003, Promedia Verlag, ISBN 3-85371-198-7, 17,90 Euro

Greencard wegen Faulheit der Einheimischen?

Junge Freiheit Nr. 30/03
vom 18. Juli 2003

Die Verlängerung der Greencard-Regelung durch die Bundesregierung nimmt das Blatt zum Anlass, um noch einmal über die Situation der angeworbenen und der eingeborenen Arbeitskräfte zu polemisieren. Dabei entdeckt das Blatt sein soziales Herz: „Die Greencard wird zum Lohndumping missbraucht“, viele der Greencard-Arbeitskräfte seien auf Grund der Krise in der IT-Branche inzwischen arbeitslos. Außerdem seien sie nur nötig, weil in der Bundesrepublik zu wenig Naturwissenschaftler ausgebildet würden bzw. die ausgebildeten Naturwissenschaftler und Ärzte ins Ausland abwanderten. Aber noch ein zweites weiß das Blatt: „Doch es gibt auch Experten, die ein anderes Problem ansprechen. Deutsche Absolventen seien unflexibel und unbequem, heißt es beispielsweise aus der IT-Branche. ‚So einen wie den finden Sie in Deutschland nicht‘, meint der Chef einer Kölner Internet-Agentur voller Anerkennung über seinen bulgarischen Greencard-Besitzer. Der Arbeitgeber beklagt bei Bewerbern aus Deutschland vor allem die mangelnde Flexibilität. ‚Unseren Bulgaren müssen wir abends fast schon raustragen,‘ weiß der Firmenchef zu berichten. Ganz anders als viele Fachleute aus Deutschland, vor denen es Unternehmern geradezu graust. Für die zähle mehr ihr eigenes Wohl als das der Firma. Zur Bildungsmisere in Deutschland scheint sich also auch noch Bequemlichkeit hinzuzugesellen.“ Die Frage, wann der zitierte Bulgare wirklich aus dem Betrieb getragen werden muss, weil er die extensiven Arbeitszeiten nicht mehr aushält, stellt sich das Blatt selbstverständlich nicht.

Krtik an geplantem Antidiskriminierungsgesetz

Junge Freiheit Nr. 31-32/03
vom 25. Juli 2003

Die Bundesregierung plant ein neues Antidiskriminierungsgesetz, das bis spätestens Ende 2003 beschlossen sein muss, weil die EU-Kommission die BRD dazu verpflichtet hat. Bundesjustizministerin Zypries will nach der Sommerpause einen ersten Entwurf vorlegen, nachdem der letzte Vorschlag von Hertha Däubler-Gmelin gescheitert war. Dennoch gibt es jetzt schon Kritik.

Das Blatt berichtet: „Die Arbeitgeber und die Wohnungswirtschaft haben zwar weiterhin Bedenken, ihr Widerstandswille scheint jedoch halb gebrochen. Angesichts der rot-grünen Bundestagsmehrheit könnte das im Bundesrat nicht zustimmungspflichtige Gesetz lediglich durch eine Klage vor dem Bundes-verfassungsgericht in Karlsruhe gestoppt werden. Unter Juristen ist umstritten, ob das zivilrechtliche Diskriminierungsverbot die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit beschneide. Die Aussage eines Unternehmers, es gäbe ‚zu viele Ausländer‘, könne zum Beispiel eine Klagewelle wegen ‚Diskriminierung‘ nach sich ziehen. Dadurch, so die Argumentation, werde eine legitime Meinungsäußerung über den zivilrechtlichen Umweg unter Strafe gestellt.“

Schon jetzt ist absehbar, dass die Rechten eine derartige Kampagne lostreten werden.

uld ■

FPÖ-Strache und die Aula

Der bereits als künftiger Wiener FPÖ-Obmann gehandelte Landtagsabgeordnete Heinz-Christian Strache gilt im burschenschaftlichen Milieu als Hoffnungsträger und Garant völkischer Prinzipientreue. Für Otto Scrinzi ist er ein „echte[r] Nationalfreiheitliche[r]“ (Aula 7-8/2003, S. 4), und seine Leser wissen, was damit gemeint ist. Das rechtsextreme Monatsmagazin Aula fragt Strache in seiner aktuellen Ausgabe dennoch, ob das „dritte Lager“ in seiner „Person einen Verbündeten“ habe. Wenig überraschend bejaht der pennale Burschenschafter diese Frage. Darüber hinaus versichert Strache der Aula, von welcher sich Mitte der neunziger Jahre die FPÖ-Spitze noch öffentlich distanzierte, dass diese in ihm „immer einen verlässlichen Ansprechpartner finden [wird].“ (Ebenda, S. 6)

Bezeichnenderweise ist in derselben Aula-Ausgabe einmal mehr Thorsten Thomsen vertreten. Dieser Aktivist der deutschen Neonaziszene verfasste einen „Nachruf auf den Querdenker Jürgen W. Möllemann“, natürlich nicht ohne die Verschwörungstheorie breitzutreten, wonach der „tapfere[n] und aufrechte[n] Streiter für eine ausgewogene Nahost-Politik“ (ebenda, S. 16) einem politischen Mord zum Opfer gefallen sei. Wer die Mörder seien, ist zwischen den Zeilen zu lesen. Thomsen beschränkt sich darauf, mit Michel Friedmann einen der „Scharfrichter[n]“ (ebenda, S. 17) zu benennen.

Neues von ganz Rechts,
www.doew.at ■

Spekulationen

Nationalzeitung Nr. 30, 18.7.2003

„Möllemann: Doch kein Selbstmord?“ titelt das Blatt und führt aus: „Möllemann war als langjähriger Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft manchen Kreisen schon lange ein Dorn im Auge. Zuletzt hatte er enthüllt, dass der israelische Geheimdienst FDP-Chef Westerwelle habe erpressen wollen ... Möllemann kurz vor seinem Tod: ‚Ein Mann ohne Namen hatte ihm (Westerwelle) beim langen Warten auf die Audienz bei Ariel Scharon in unmissverständlichen Worten knallhart gesagt, dass die israelische Regierung meinen politischen Kopf verlange. Wer war das? fragte Dr. Westerwelle ... ‚Der Mossad!‘ erhielt er zur Antwort.“ Schon im vergangen Jahr habe es bei Möllemann bei einem Fallschirmsprung Probleme gegeben. 1999 sei eine Fallschirm-Kameradin bei einem Absprung ums Leben gekommen – ihr Schirm habe dem Möllemanns sehr ähnlich gesehen.... Die NaZe reiht eine Spekulation nach der anderen auf. Bezeichnend auch die Angabe zu weiter führender Literatur: Empfohlen wird „Sven Eggers, Antisemitismus? – Die Wahrheit über Michael Friedman.“ *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507